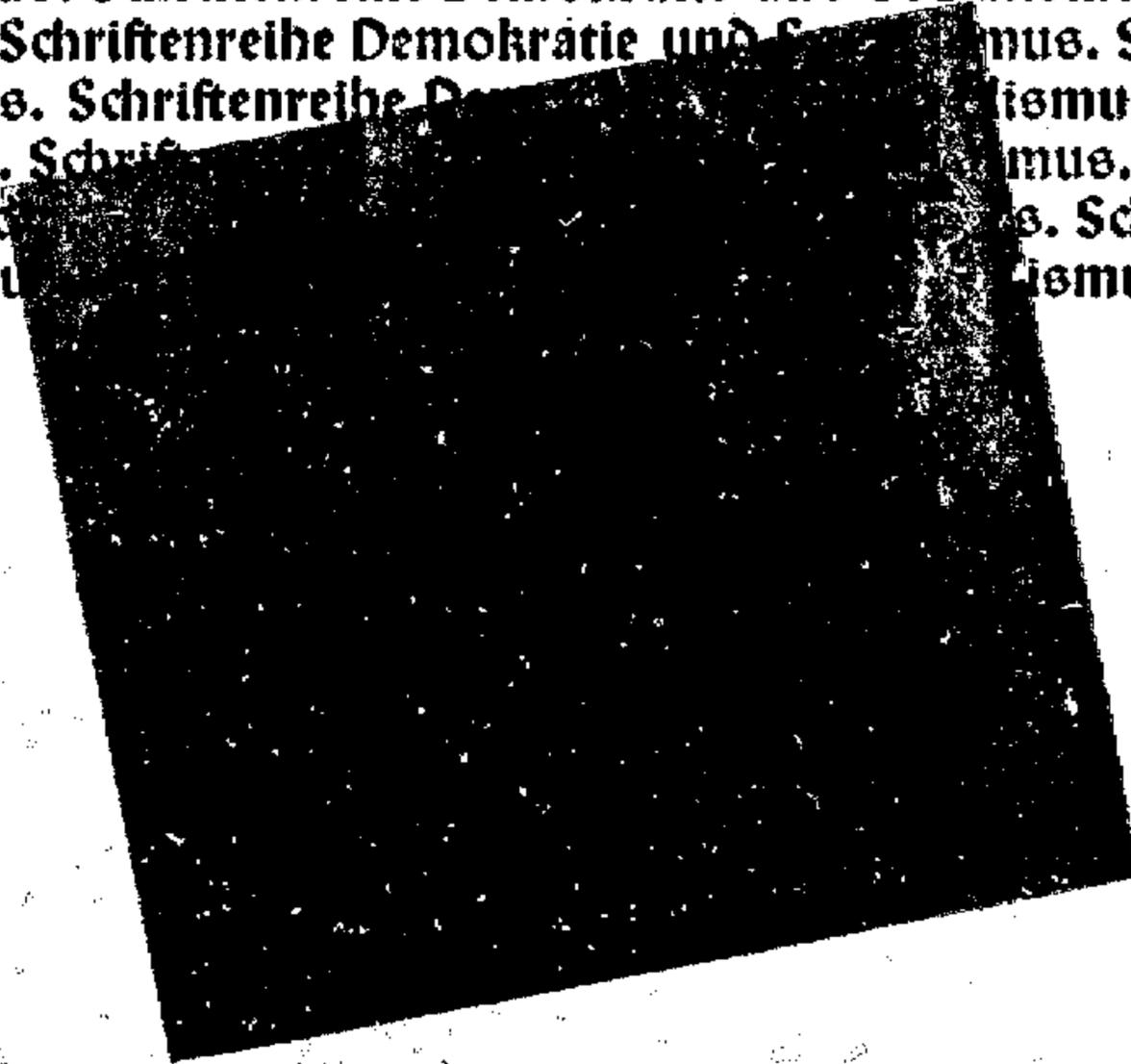


is. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schriftenreihe
alismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Sch
mus. Schriftenreihe Demokratie und ^{CL} mus. Schrifte
lismus. Schriftenreihe Demokratie ^r ismus. Schri
smus. Schriftenreihe Demokratie und ^{12 14} smus. Schrif
ismus. Schriftenreihe Demokratie und ~~Sozialismus~~. Schri
us. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schriften
alismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Sch
mus. Schriftenreihe Demokratie und ~~Sozialismus~~. Schrifte
lismus. Schriftenreihe ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schri
smus. Schrif ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schrif
us. Sch ~~Demokratie und Sozialismus~~. Schriftem
alismus ~~Demokratie und Sozialismus~~. Sch



200 170
70 140
DIN 19 051
84 100 120

38990



KARL DROTT · OFFENBACH-M

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

DAS EISENACHER PROGRAMM

beschlossen auf dem Parteitag des Allgemeinen
Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses
zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869

Bericht nach den Protokollen
des Parteitages, zuerst erschienen im Verlag F. Thiele,
Leipzig 1869

A38990

1947

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT, OFFENBACH A. M.

PV 17466

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Vorbemerkung

Ferdinand Lassalle hatte in seinem Testament als Nachfolger im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Bernhard Becker vorgeschlagen, der dann auch zum Präsidenten gewählt wurde. Karl Marx selbst lehnte es damals ab, den Vorsitz zu übernehmen.

Becker überwarf sich sehr bald mit der Gräfin Hatzfeldt, Lassalles Gefährtin, und verzichtete dann auf jede finanzielle Unterstützung. Die Bewegung wäre nach und nach zersplittert, wenn nicht von Schweitzer am 15. Dezember 1884 die Zeitung „Der Sozialdemokrat“ herausgebracht hätte, die bis zum Jahresende noch unregelmäßig, vom 1. Januar 1885 aber regelmäßig in 50 000 Exemplaren erschien. Erst sechs Jahrzehnte später wurde enthüllt, daß der damalige Reichskanzler Bismarck das Geld für diese Zeitung gegeben hat. Er fand ein williges Werkzeug in dem bayrischen Exoffizier von Hofstetten, der angeblich seine eigenen Mittel opferte, um der Sache der Arbeiterbewegung zu dienen.

Ende 1884 wurde Schweitzer jedoch durch den lassallestreuen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus dem Parteivorstand entfernt, seine Zeitung wurde nicht als Parteiorgan anerkannt. Es fehlte jedoch der Arbeiterbewegung an den finanziellen Mitteln, eine eigene Zeitung in Deutschland herauszugeben. Dadurch konnte sich der „Sozialdemokrat“ nach und nach durchsetzen, Marx und Engels, Wilhelm Liebknecht und Herwegh erklärten sich zur Mitarbeit bereit.

Bismarcks geheimes Darlehen zeigte sehr bald Konsequenzen. Februar 1885 erschienen im „Sozialdemokrat“ fünf Leitartikel, die v. Schweitzer zeichnete unter der Überschrift „Das Ministerium Bismarck“.

Bismarck strebte damals zur deutschen Einigung. Es konnte ihm nur willkommen sein, daß seitens der extremen Linken die Zustimmung zu seinen Plänen gegeben wurde. Wörtlich hieß es am Schluß des Leitartikels im „Sozialdemokrat“:

„Das also ist unser wichtigstes Ergebnis. Der Bundestag, Österreich, die Mittel- und Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der deutschen Frage gegenüber... Handlungsfähig sind in Deutschland nur zwei Gewalten: Preußen und die Nation, preußische Bajonette oder deutsche Proletariärfäuste, wir sehen kein Drittes.“

Ein Sturm der Entrüstung begann, die Rechtsparteien lobten, weil an Stelle des Ausdrucks „Nation“ von Proletariärfäusten gesprochen wurde. Die Arbeiterschaft witterte instinktmäßig Verrat, es entstanden bald scharfe Spannungen zwischen den Anhängern Lassalles auf der einen und der Marx-Engelsschen Richtung auf der anderen Seite. Gleichzeitig begann der verschärfte Kampf der Polizei und der Staatsanwälte gegen die Arbeiterbewegung.

Nachdruck- und Übersetzungsrecht vorbehalten

1.—5. Tausend - Juli 1947

Veröffentlicht unter Zulassungs-Nr. US-W-2023 der Nachrichtenkontrolle der Militär-Regierung

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten

Copyright by Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M.

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach - Buch- und Kunstdruckerei W. R. Rudolph

Schweitzer saß im Gefängnis, als die zweite Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins Ende 1865 in Frankfurt am Main stattfand. Hier wurde Toelcke-Iserlohn zum Präsidenten gewählt. Die dritte Generalversammlung in Leipzig wählte Perl-Hamburg. 1866 fand die vierte in Erfurt statt. Schweitzer wurde noch vor Beginn des dänischen Feldzuges entlassen und begab sich sofort wieder auf Agitationsreisen. Er vertrat wiederum die These, daß es das geschichtliche Recht Preußens sei, die deutsche Frage zu lösen.

Der „Sozialdemokrat“ hatte inzwischen eine beachtliche Auflage erreicht. Er war zur öffentlichen Macht geworden, und seine Prophezeiungen hatten sich oft bestätigt — zumal man aus bester Quelle informiert war.

Das allgemeine Wahlrecht war durch Bismarck verfügt worden. Eine alte Forderung der Arbeiterschaft hatte damit seine Erfüllung gefunden. Schweitzer kandidierte für den Norddeutschen Reichstag in Elberfeld-Barmen. Es kam zur Stichwahl — und hier geschah das Merkwürdige, daß Schweitzer zugunsten Bismarcks zurücktrat. Er erklärte, damit huldige er dem Minister, der aus eigenem Antriebe den Arbeitern ein Volksrecht zurückgegeben habe, das die liberale Opposition so hartnäckig vergessen habe, für die Arbeiterschaft und sich selbst zu fordern. August Bebel wurde dagegen im Wahlkreis Glauchau-Meerane gewählt. Nach den Wahlen im Februar 1867 fand im Mai die fünfte Generalversammlung der Lassalleaner in Braunschweig statt, wo v. Schweitzer einstimmig zum Präsidenten gewählt wurde.

Dieses Amt behielt Schweitzer bis zum Jahre 1871, wo er das Präsidium plötzlich niederlegte. Schweitzer hatte versucht, eine Art „Regierungssozialismus“ zu vertreten. Zugleich war er jedoch von Polizei und Staatsanwaltschaft ständig verfolgt, solange er für die Arbeiterschaft sich einsetzte.

Schweitzers unbestrittene Verdienste liegen jedoch in der Organisation der Arbeiterschaft. Im November 1867 konnte Schweitzer auf der 6. Generalversammlung in Berlin 20 Delegierte begrüßen, die 51 Ortsvereine mit 3462 Mitgliedern vertraten. Zehn Monate später kamen bereits 200 Delegierte, die 140 000 Arbeiter vertraten, zu einer Versammlung der Gewerkvereine zusammen.

Schweitzers Stellungnahme war — vor allem bei einer historischen Betrachtung — keineswegs immer eindeutig. Aber er hat unzweifelhaft die Arbeiterbewegung stark gemacht. Damals war die Arbeiterschaft noch nicht für programmatische Fernziele zu gewinnen, wie sie von Marx und Engels in grundlegenden Schriften proklamiert wurden. Schweitzer und vor ihm Ferdinand Lassalle hatten in weit stärkerem Maße Nahziele herausgestellt, die bei der Arbeiterschaft viel eher Anklang fanden. Es sei auch bemerkt, daß die Schweitzersche Richtung durchaus patriotisch eingestellt war, so brachte Toelcke 1866 ein Hoch auf den König von Preußen aus, als er hörte, daß das allgemeine Stimmrecht eingeführt werden solle.

Es war damals außerordentlich schwierig, die Grundthesen der Marx- und Engelschen Auffassung in der Arbeiterschaft zu verankern. Wilhelm Liebknecht hatte das „Demokratische Wochenblatt“ gegründet, um die Theoretiker der sozialistischen Bewegung zu Worte kommen zu lassen,

aber auch um eine Verschmelzung der noch isoliert kämpfenden Arbeiterorganisation herbeizuführen.

Liebknecht selbst verhandelte im Sommer 1868 mit Schweitzer, um den Beitritt des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur Internationale vorzuschlagen, wobei die Vereine selbst unberührt bleiben sollten. Schweitzer lehnte jedoch ab.

Noch einmal machte Liebknecht Vermittlungsvorschläge, Karl Marx sollte als Schiedsrichter fungieren — wieder lehnte Schweitzer ab. Jetzt ging Wilhelm Liebknecht zum Angriff über: Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Barmen am 18. März 1869 verlangten Bebel und Liebknecht, gehört zu werden. Ein erheblicher Teil der führenden Männer um Schweitzer war nicht mehr mit seinem politischen Kurs einverstanden. Es kam zu der scharfen Anklage, daß Schweitzer die deutsche Arbeiterbewegung in zwei feindliche Lager spalte, und daß er die Interessen des preußischen Junkertums vertrete, nicht aber die der Arbeiterschaft. Liebknecht setzte sich auf diesem Kongreß durch, Schweitzer mußte sich einem Sechsmännerausschuß unterwerfen, die einheitliche Gliederung der Arbeitervereine wurde bedroht. Schweitzer erklärte sich mit diesen Beschlüssen einverstanden und reichte Liebknecht die Hand zur Versöhnung.

Schweitzer aber dachte nicht daran, diese Vereinbarungen innezuhalten. Durch eine Urabstimmung sämtlicher Mitglieder wurden die Beschlüsse der Barmer Generalversammlung außer Kraft gesetzt, das Sechsmännerkollegium ausgeschaltet und Bebel und Liebknecht wurden als unwürdig erklärt, jemals wieder in einer Versammlung der Arbeitervereine aufzutreten, da sie „die Arbeitersache notorisch verraten“ hätten.

Eine Reihe prominenter Mitglieder schied daraufhin aus der Schweitzerschen Organisation aus, unter anderem Bracke, Geib und Fritzsche. Das war die Situation, als der Allgemeine Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterkongreß in Eisenach am 7. August 1869 begann. Aus dieser Perspektive müssen die Verhandlungen betrachtet werden.

Der Eisenacher Kongreß hat keinen sofortigen Erfolg gezeigt. Aber zwei Jahre später legte Schweitzer sein Präsidentenamt nieder. Zwar gab es auch jetzt noch Differenzen, aber die Streitpunkte konnten nach und nach beigelegt werden, bis im Jahre 1875 der Gothaer Einigungskongreß die unheilvolle Spaltung endgültig beseitigte. Das Gothaer Programm wurde dann nach dem Fall des Sozialistengesetzes durch das Erfurter ersetzt, das von 1891 bis 1921 in Geltung blieb.

Liebknecht selbst sagte 1874 auf dem Koburger Parteitag, daß das Eisenacher Programm das Ergebnis eines Kompromisses war, das die sozialistische Richtung mit der lassalleanischen abschloß. Trotzdem hatte es sich im Kampfe durchaus bewährt, die Mängel wurden durch die Vorzüge aufgewogen. Die Sozialdemokratische Partei war theoretisch längst über das Programm hinausgegangen, auch wenn es die fundamentalen Sätze der sozialistischen Weltanschauung enthält.

Eine bloße Verbesserung des Programms war jedoch nicht möglich, es mußte ein grundsätzlich neues Programm aufgestellt werden — das geschah in Gotha 1875 bei der Vereinigung der beiden Richtungen.

Mit der Eisenacher Tagung war die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet, ein Jahr später, 1870, wurde auf dem ersten Kongreß der Partei das Wort „Deutschland“ hinzugefügt. 1873 fanden in Eisenach wieder eingehende Beratungen über eine Einigung zwischen der lassalleanischen und der sozialistischen Richtung statt — die letztere hieß fortan „Eisenacher Richtung“. In der Reihe der „Sozialistischen Dokumente“ wird der Gothaer Vereinigungsparteitag ausführlich behandelt werden.

Wie immer soll auch hier der Originaltext zum Leser sprechen, die Vorbemerkung hat nur die Aufgabe, den historischen Rahmen zu geben. Eine kritische Würdigung des Textes erfolgt nicht, damit der studierende Leser sich selbst eine eigene Meinung zu bilden vermag.

Der Herausgeber.

Aus:

Die Deutsche Arbeiterpartei

Ihre Prinzipien und ihr Programm

von

Carl Hirsch

„Webe der Demokratie, wenn sie jemals von der Politik der Prinzipien abließe, Ihr ist nicht, wie den Kabinetten, die Politik der Umstände, der Auskunftsmittel, des Prinzipienbruchs gegönnt. Ihre ungeheure Macht, aber auch ihre ganze Existenzfähigkeit beruht auf der Politik der Prinzipien und auf der Treue, mit der sie an denselben hängt.“
F. Lassalle.

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei

Das bisherige Programm der Deutschen Arbeiterpartei stellt sich in folgenden sechs Hauptforderungen dar, welche dieselbe als nächste Ziele in friedlicher und legaler Agitation zu verwirklichen strebt, und deren erste sie als die Vorbedingung der andern betrachtet:

1.

Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle deutschen Staaten, Provinzen, Kreise und Gemeinden, mit freier und geheimer Abstimmung und mit Diäten.

Die Wiederherstellung der Einheit der ganzen deutschen Nation kann rechtsgültig nur vollzogen werden durch ein auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts unter freier und geheimer Abstimmung aus allen Teilen Deutschlands* zusammentretendes gesetzgebendes Parlament.

„Zwar wird auch das allgemeine und direkte Wahlrecht keine Wünschelrute sein, meine Herren, die Sie vor momentanen Mißgriffen schützen kann.

* Selbstverständlich auch Deutsch-Österreichs.

Wir haben in Frankreich in den Jahren 1848 und 1849 zwei schlechte Wahlen hintereinander gesehen. Aber das allgemeine und direkte Wahlrecht ist das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder die Mißgriffe ausgleicht, zu denen sein momentan irriger Gebrauch führen kann. Es ist jene Lanze, welche selbst die Wunden wieder heilt, die sie schlägt. Es ist auf die Länge der Zeit bei dem allgemeinen und direkten Wahlrecht nicht anders möglich, als daß der gewählte Körper das genaue treue Ebenbild sei des Volkes, das ihn gewählt hat.

Das Volk wird daher jederzeit das allgemeine und direkte Wahlrecht als sein unerläßliches politisches Kampfmittel, als die allerfundamentalste und wichtigste seiner Forderungen betrachten müssen.“ F. Lassalle, Arbeiterprogramm S. 33.

„Schon zuckt in den Höhen der Blitz des direkten und allgemeinen Wahlrechts! Auf diesem oder jenem Wege, bald fährt er zischend hernieder! Seitdem dieses Wort ausgesprochen wurde, ist es zur Notwendigkeit geworden! Bewaffnet dann mit diesem Blitz, rettet euch, rettet Deutschland!“ F. Lassalle, Bastiat-Schulze S. 254.

[„Die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstand gegeben ist.

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen — dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Und hier blicken Sie auf England!

Mehr als fünf Jahre hat die große Agitation des englischen Volkes gegen die Korngesetze gedauert. Dann aber mußten sie fallen, mußten durch ein Tory-Ministerium selbst beseitigt werden!

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblicke an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattieren Sie, diskutieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene große englische Agitation gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo Ihre Stimme millionenfach wiederhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.

Stiften Sie Kassen, zu welchen jedes Mitglied des deutschen Arbeitervereins Beiträge zahlen muß und zu denen Ihnen Organisationsentwürfe vorgelegt werden können.

Gründen Sie mit diesen Kassen, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden — bei einem wöchentlichen Beiträge von nur einem Silbergroschen würde bei hunderttausend Mitgliedern der Verein jährlich über 160 000 Thaler verwenden können — öffentliche Blätter, welche täglich dieselbe Forderung erheben und die Begründung derselben aus den sozialen Zuständen nachweisen. Vertreiben Sie mit denselben Mitteln Flugschriften zu demselben Zweck. Besolden Sie aus den Mitteln dieses Vereins Agenten, welche dieselbe Einsicht in jeden Winkel des Landes tragen, das Herz eines jeden Arbeiters, eines jeden Häuslers und Ackerknechts mit demselben Ruf durchdringen. Entschädigen Sie aus den Mitteln dieses Vereins alle solche Arbeiter, welche, wegen ihrer Tätigkeit für denselben, Schaden und Verfolgung erlitten haben.

Wiederholen Sie täglich unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht.

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!

Wenn Sie diesen Ruf — was Ihnen binnen wenigen Jahren gelingen kann — wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung fortgepflanzt haben werden, welche, wie ich Ihnen gezeigt habe, die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bilden, dann wird man — seien Sie unbesorgt — Ihrem Wunsch nicht lange widerstehen! Man kann von seiten der Regierungen mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Man kann selbst Ihnen politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Laubeit, mit welcher politische Rechte aufgelassen werden. Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt! und daher auch mit

der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde!

Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!“] F. Lassale, Antwortschreiben S. 36.

2.

Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

„Ich hatte Sie auf die Steuerfreiheit des adligen Grundbesitzes im Mittelalter aufmerksam gemacht und hatte Ihnen gesagt, daß jeder herrschende privilegierte Stand die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wohles auf die unterdrückten, nicht besitzenden Klassen abzuwälzen sucht.

Ganz ebenso die Bourgeoisie. Zwar kann sie freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will. Ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß ein jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form durch die Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern.

Direkte Steuern, meine Herren, sind solche, welche, wie die klassifizierte Einkommensteuer oder die Klassensteuer, vom Einkommen erhoben werden und sich daher nach der Größe des Einkommens und Kapitalbesitzes bestimmen. Indirekte Steuern aber sind solche, die auf irgendwelche Bedürfnisse, z. B. auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Heizungsmaterial, oder z. B. auf Bedürfnis nach Rechtsschutz: Justizkosten, Stempelbogen usw. gelegt werden, und die sehr häufig der Einzelne in dem Preise der Dinge bezahlt, ohne zu wissen und zu merken, daß er jetzt steuert, daß es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge verteuert.

Nun wird Ihnen bekannt sein, meine Herren, daß jemand, der 20-, 50-, 100mal so reich ist als ein anderer, deshalb durchaus nicht 20-, 50-, 100mal soviel Salz, Brot, Fleisch bedarf, 50- oder 100mal soviel Bier oder Wein trinkt, 50- oder 100mal soviel Bedürfnis nach Ofenwärme und also nach Heizungsmaterial hat wie ein Arbeiter oder Kleinbürger.

Hierdurch kommt es, daß der Betrag aller indirekten Steuern, statt die Individuen nach Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens zu treffen, seinem bei weitem größten Teile nach von den Unbemittelten, von den ärmeren Klassen der Nation gezahlt wird. Nun hat zwar die Bourgeoisie die indirekten Steuern nicht eigentlich erfunden; sie existierten schon früher. Aber die Bourgeoisie hat sie erst zu einem unerhörten System entwickelt und ihnen beinahe den gesamten Betrag der Staatsbedürfnisse aufgebürdet.

Ich werfe, um Ihnen dies zu zeigen, z. B. einen Blick auf den preussischen Staatshaushalt des Jahres 1855.

Die Gesamteinnahmen des Staates in diesem Jahre betragen in runder Summe 108 930 000 Thaler. Davon gehen ab, aus den Domänen und Forsten fließend, also ein Staatseinkommen aus Besitzungen, das hier

nicht in Betracht kommen kann, 11 967 000 Thaler. Es bleiben also zirka 97 Millionen anderweitiger Staatseinnahmen übrig. Von diesen Einnahmen würden der Einteilung des Budgets zufolge zirka 26 Millionen aus direkten Steuern erhoben. Dies ist aber auch nicht wahr und scheint bloß so, weil unser Budget dabei nirgends nach wissenschaftlichen Grundsätzen verfährt, sondern sich nur danach richtet, in welcher Weise äußerlich die Steuern eingetrieben werden. Von diesen 26 Millionen gehen vielmehr ab 10 Millionen Grundsteuer, die zwar von dem Grundbesitzer direkt erhoben, von ihm aber wieder auf den Getreidepreis abgewälzt und somit definitiv von den Getreidekonsumenten bezahlt werden, daher eine indirekte Steuer bilden. Es gehen aus denselben Gründen ab 2 900 000 Thaler Gewerbesteuer.

An Einnahmen aus wirklich direkten Steuern bleiben nur übrig:

2 928 000 Thaler aus der klassifizierten Einkommensteuer,

7 884 000 Thaler aus der Klassensteuer und

2 036 000 Thaler aus dem Zuschlag.

12 848 000 Thaler zusammen.

Also 12 848 000 Thaler, meine Herren, fließen in Wahrheit aus direkten Steuern auf 97 Millionen Staatseinnahmen. Was über diese 12 800 000 Thaler hinausgeht, das wird... durch indirekte Steuern aufgebracht.

Die indirekte Steuer, meine Herren, ist somit das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet.

Bemerken Sie zugleich, meine Herren, den eigentümlichen Widerspruch und die eigentümliche Gerechtigkeit des Verfahrens, die gesamten Staatshaushaltsbedürfnisse den indirekten Steuern und somit dem armen Volke aufzubürden, zum Maßstabe aber und zur Bedingung des Wahlrechts und somit des politischen Herrschaftsrechtes die direkten Steuern zu machen, welche zu dem Gesamtbedürfnis des Staates von 108 Millionen nur den verschwindend kleinen Beitrag von 12 Millionen liefern!“ F. Lassale, Arbeiterprogramm S. 26 ff.

„Könnte mir gewährt werden, eine friedliche und legale Agitation für die Abschaffung der indirekten Steuern zu eröffnen und diesen ‚Ungebildeten‘ ans Herz zu legen, daß sie nur solche Leute zu Wahlmännern und Abgeordneten wählen, welche über die indirekten Steuern oder über das allgemeine Wahlrecht denken wie ich?“

„Ich habe Ihnen gezeigt und durch die Staatsschriften des Ministeriums Manteuffel, durch die eigenen Motive der Königlichen Botschaften belegt, wie vollkommen legal und erlaubt, ja wie im höchsten Grade verdienstlich und staatsmännisch es wäre, eine friedliche, auf die öffentliche Überzeugung gerichtete Agitation für die möglichste Aufhebung der indirekten Steuern zu machen.

Habe ich aber selbst auch dies nur getan? Auch das nicht einmal! Ich tat es nicht, nicht deshalb, weil ich nicht eine Umwandlung der indirekten Steuern in direkte lebhaft wünschte, sondern deshalb, weil ich mich auf diese Dinge zu gut verstehe, um nicht zu wissen, daß jede durchgreifende Steuerreform vollkommen unmöglich ist, solange nicht Maßregeln anderer Art vorhergehen, insbesondere solange nicht

aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene gesetzgebende Körper existieren." F. Lassalle, Die indirekte Steuer S. 123 u. 125.

Siehe auch Resolution der Berliner Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

3.

Abschaffung des stehenden Heeres und Einrichtung eines Volksheeres.

„Es müßte die Dienstzeit des Soldaten auf sechs Monate beschränkt werden, eine Zeit, welche einerseits nach dem Ausspruch der größten militärischen Autoritäten vollkommen hinreicht, um dem Soldaten die vollkommenste militärische Ausbildung beizubringen, und welche andererseits zu kurz ist, um dem Soldaten einen besonderen Kastengeist einflößen zu können; eine Zeitdauer, deren Kürze vielmehr eine solche beständige Erneuerung des Heeres aus dem Volke nach sich zieht, daß dadurch das Heer erst aus einem Fürstenheer zu einem Volksheere wird.

Man müßte ferner bestimmen, daß alle niederen Offiziere, bis mindestens zum Major inklusive, nicht von oben herab emanant, sondern von den Truppenkörpern selbst gewählt würden, damit auch die Offiziersstellen nicht in einem volksfeindlichen Sinne besetzt werden und hierdurch dazu beitragen könnten, das Heer in ein blindes Instrument der Fürstenmacht zu verwandeln.

Man müßte ferner das Heer für alle nicht speziell militärische Vergehen unter die gewöhnlichen bürgerlichen Gerichte stellen, damit es auch hierdurch sich als ein Gemeinsames mit dem Volke und nicht als etwas Apartes, als eine besondere Kaste betrachten lerne.

Man müßte ferner alles Geschütz, die Kanonen, die ja nur zur Landesverteidigung dienen sollen und soweit sie nicht unumgänglich zu militärischen Übungen nötig, in den Verwahr der städtischen, vom Volke gewählten Behörden stellen. Mit einem Teile dieser Artillerie müßte man ferner Artillerie-Sektionen der Bürgerwehr bilden, um so auch die Kanonen, dieses so wichtige Stück Verfassung, in die Macht des Volkes zu bringen." F. Lassalle, Über Verfassungswesen S. 25.

4.

Gründung freier Produktiv-Assoziationen in großem Maßstabe mit Staatskredit. Gesetze zum Schutze der Arbeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, Kinder- und Frauenarbeit.

Sooft ein großer Mann der Wissenschaft es sich hat angelegen sein lassen, Mittel und Wege zu finden, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, so hat man ihn immer mit diesem Schlagwort zu Boden zu schmettern gesucht: „Sozialist!" Nun, meine Herren, wenn man dies unter Sozialismus versteht, daß wir suchen, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und ihrer Not abzuhefen — nun, dann in 33 000 Teufels Namen, dann sind wir Sozialisten! Glaubt man, ich würde mich vor einem Worte fürchten? Ich nicht! Und sollten Sie so furchtsam sein? Ich hoffe, nein! — Warum habe ich in meinem Antwortschreiben nicht besonders von den ländlichen Arbeitern gesprochen? Nun, aus

dem überaus einfachen Grunde, weil sie ja schon ohnehin in die 89 bis 95 Prozent der dürftigen Klasse, von denen ich spreche und denen geholfen werden soll, eingeschlossen waren und der Anfang, der praktische Anfang, allerdings zunächst mit den industriellen Arbeitern gemacht werden muß. Warum? Der ländliche Arbeiter, meine Herren, ist in vieler Hinsicht, wenn z. B. auf Geldlohn gesehen wird, in einer noch schlechteren Lage als Sie, in mancher Hinsicht wiederum in einer besseren. Dies entscheidet also die Frage nicht. Was die Frage entscheidet, mit welcher Arbeitsart praktisch der Anfang gemacht werden muß, ist folgender Umstand. Der ländliche Arbeiter, und wenn er auch nur ein Kuhgut hat, wenn er sogar seinen Getreideacker nur mit Hacke und Spaten bearbeitet, bildet sich immer noch ein, ein Eigentümer zu sein; er ist noch nicht disponiert zur Assoziation, und diese Disposition dazu, die Bereitwilligkeit, die kann nicht erzwungen werden. Aber hervorgerufen kann sie werden durch Erfolge, hervorgerufen kann sie werden, sage ich, und zwar nur durch das Eine: dadurch nämlich, daß der ländliche Arbeiter den großen Erfolg bei den industriellen Arbeitern sieht.

Wenn er diese in einer ganz anderen Lage sehen wird und auf seine Frage, woher dies alles kommt, die Antwort erhalten wird: durch die Assoziation — dann wird sich auch bei ihm dieselbe Bereitwilligkeit und Geneigtheit zur Assoziation einfinden, die heute bereits in dem industriellen Arbeiterstande eine so vorwiegende ist. Zugleich werden durch die Assoziation der industriellen Arbeiter, wie ich Ihnen vielleicht ein andermal näher anführen werde, ganz neue Produktionsverhältnisse entstehen, welche auch die Bewirtschaftung des Bodens im großen ebenso notwendig als leicht ausführbar machen und dadurch eine Quelle der Bereicherung für die ganze Gesellschaft, eine Quelle einer erstaunlichen Vermehrung der gesamten nationalen Produktion, herbeiführen würden.

Die industriellen Arbeiter sollen also nur die Avantgarde der Menschheit bilden, und bemerken Sie vor allem folgendes: Indem der Lohn der gemeinen Handarbeit geändert wird (es ist der wichtigste von allen Grundsätzen, den ich Ihnen einschärten kann, für die Beurteilung der gesamten Frage) — indem der Lohn, sage ich, der gemeinen Handarbeit geändert wird, ändern sich auch durch organische Rückwirkung die Preise aller anderen Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft, welchen Namen sie auch tragen mögen.

Alle menschliche Arbeit teilt sich nämlich im allgemeinen ein in die gewöhnliche physische Arbeit und in die sogenannte qualifizierte Arbeit, die selbst wieder ihrerseits in eine große Anzahl von Abstufungen und Verschiedenheiten zerfällt. Der Lohn der gemeinen Arbeit oder der gewöhnlichen physischen Handarbeit ist aber normierend, d. h. er bildet die bestimmende Grundlage für die Vergütung aller anderen qualifizierten Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft. Ich werde Ihnen das in einem sinnlichen Vergleich klarmachen, welchen Sie festhalten wollen; er trifft genau zu. Wonach bemißt sich eine Erhöhung? Durch einen Abstand vom Niveau. Steigern Sie, heben Sie das gesamte Niveau, so ist mit ihm auch jener Höhepunkt selbst gehoben. Ich werde Ihnen das nun an einem konkreten Beispiel klarmachen.

Als ich in Leipzig am 16. April vor den Arbeitern gesprochen hatte und von der Tribüne herunterstieg, kam ein wohlwollender Bourgeois auf mich los und sagte: „Ich habe Ihnen ganz aufmerksam zugehört; aber Sie haben mich nicht überzeugt.“ Warum? fragte ich. „Aus einem ganz einfachen Grunde“, antwortete der Mann. „Ihr Mittel hilft nicht allen. Der kleine Beamte, der etwa dreihundert Thaler erhält, ist, wie Sie nicht werden leugnen können, in einer relativ ebenso schlechten Lage als der Lohnarbeiter. Wollen Sie nun auch die kleinen Beamten assoziieren? Das geht doch nicht.“ Und der Mann sah mich an mit wohlwollenden Augen und zugleich freudestrahlend über seinen Scharfsinn. Ich sagte: Sie haben recht; assoziieren können wir die kleinen Beamten freilich nicht, aber überlegen Sie folgendes: daß in einer Gesellschaft, in welcher, wie das heutzutage der Fall ist, der Lohn der einfachen Handarbeit 100 bis 120 oder 150 Thaler steht, daß in einer solchen Gesellschaft der Staat Beamte findet für 200 bis 300 Thaler, das kann nicht wundernehmen. Nehmen Sie aber an, es wäre gelungen, das Einkommen des gewöhnlichen Lohnarbeiters z. B. auf 600 Thaler zu steigern — glauben Sie denn wirklich, daß der Staat da noch kleine Beamte würde finden können, die für 200 bis 300 Thaler würden qualifizierte Arbeit verrichten? Ei, diese Leute würden ja viel profitabler tun, unter die gewöhnlichen Lohnarbeiter zu gehen! Halten Sie dieses Beispiel fest und wenden Sie es an und übertragen Sie es auf alle anderen Fälle. Es ist überall gleich richtig. Die qualifizierte Arbeit wird immer in demselben Verhältnis mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit fortschreiten müssen. Wenn dies nicht der Fall wäre, wenn die Vergütung der geistigen und qualifizierten Arbeit überhaupt sich nicht in demselben Verhältnis steigerte mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit, so würde das die Mühe, die Kosten und die Vorbereitung, welche jede qualifizierte und geistige Arbeit voraussetzt, nicht mehr lohnen; es würde somit anfangen, an Leuten, die diese Art von Arbeit liefern, in der Gesellschaft zu fehlen und die Gesellschaft würde sich somit entschließen müssen, den verhältnismäßig höheren Preis für diese qualifizierte Arbeit zu bezahlen, alles nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, nach welchem ich ebenso gut wie meine Gegner entwickle, wie Sie sehen!

Ich verlange also vom Staate nur den kleinen Finger! Von selbst würde sich daraus mit der Kraft des fortzeugenden Lebens alles Weitere organisch entwickeln. Wer fünfzig Jahre nach dieser Maßregel wieder auf die Welt käme, würde sie nicht wiedererkennen.

Und nun sehen Sie, meine Herren, wie sich selbst zerstörend die Vorwürfe sind, die meine Gegner mir machen! Hätte ich verlangt, daß mit einem Male, mit einem Schlage allen Menschen geholfen werden solle, so hätte man mir zugerufen: der Unsinnige, der Rasende! Er will durch Staatsdekrete allen helfen auf einmal! Und da hätte man Recht gehabt. Jetzt, wo ich eine allmähliche, eine für alle bestimmte, aber allmähliche Hilfe verlange, ruft man: die Landbevölkerung — er will der Landbevölkerung nicht helfen, und nur den industriellen Arbeitern! Sie sehen, meine Herren, das ist nicht wahr; die Landbevölkerung wie die industriellen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wie die Fabrik- oder Handwerksarbeiter, und ebenso diejenigen, welche qualifizierte Arbeit aller Art verrichten, also auch die kleine Bourgeoisie der großen

gegenüber, alle sollen durch die Assoziation und ihre Wirkungen in eine andere Lage versetzt werden. Aber wenn ein Heer sich in Marsch setzt, so geschieht dies nicht auf einem Fleck und mit einem Male, sondern die Vorhut marschiert voran, und aus zehntausend Gründen, die ich hier nicht weiter entwickeln kann, sind die industriellen Arbeiter die Vorhut der Menschheit!

Herr Schulze wirft mir vor, ich hätte einen unglücklichen Zwiespalt zwischen die besitzenden und arbeitenden Klassen geworfen; ich hätte versucht, sie miteinander in Konflikt zu bringen. Wenn irgend etwas, so ist das nicht wahr! Seht Ihr nicht vielmehr, daß die gegenwärtige Agitation gerade die entgegengesetzte Bedeutung hat? Es ist ein Ruf der Einwirkung auf die öffentliche Überzeugung und das öffentliche Gewissen, mit dem ich mich erhoben habe. Es wäre das großartigste Kulturfaktum; es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Initiative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge, wenn sie aufträte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe, nicht als eine Gärung des Hasses und der sansculottischen Wut! Und gerade das ist aber auch der Fall! Die Männer, welche die Initiative in dieser Bewegung ergriffen haben, gehören durch Wissenschaft wie durch Besitz den besten Schichten der besitzenden Klassen an. Lassalle, Arbeiterlesebuch S. 52 ff.

„Nur sehr kräftige Regierungen vermögen hier Einhalt zu tun, und nur langsam fortschreitend ist eine Rückkehr zum Bessern möglich. So wie Großbritannien voranging auf dieser verderblichen Bahn, so beginnt es jetzt auch voranzugehen durch Beschränkungen der Befugnis, Kinder und Frauen zu Fabrikarbeiten zu brauchen. Was bis jetzt hierin geschah, ist allerdings noch bei weitem unzureichend, dem Übel zu steuern, indessen offenbart es doch eine Richtung der gesetzgebenden und vollziehenden Macht, deren endliches Ziel die Befreiung der Gewerksamkeit von dem schmachvollen Vorwurfe sein muß, daß sie die Vermehrung des Wohlstandes der Nation nur mit der Entsittlichung eines beträchtlichen Teiles derselben zu erkaufen vermöge.“ Hoffmann, Nachgel. Schriften S. 224. Siehe auch F. Lassalle. Die indirekte Steuer S. 89.

Siehe auch Braunschweiger Protokoll S. 5; ferner die Beschlüsse der Generalversammlung des Allg. D. A.-V. (Berlin 1867) und die Anträge der Sozialdemokraten im Norddeutschen Reichstag.

5.

Energische Maßregeln zur Förderung der Volksbildung, insbesondere gründlicher und unentgeltlicher Unterricht in den Volksschulen für alle.

„Auf den Wunsch Lassalles, kennenzulernen, wie weit die Mitglieder des Vereins in das Verständnis und den Geist der Prinzipien der von ihm ins Leben gerufenen Agitation eingedrungen seien, sprachen mehrere Arbeiter über verschiedene Punkte des Lassalleschen Programms. Lassalle selbst verwahrte sich in einer kurzen Aussprache gegen den von gegnerischer Seite ihm gemachten Vorwurf, als wollte er nichts für die Bildung der Arbeiter tun und wies denselben als vollständig

grundlos zurück. Nur gegen die planlose Art und Weise, wie man die Arbeiter mit Dingen füttere, die sie gar nicht verstehen könnten, erklärte er sich: Wenn erst das allgemeine Stimmrecht erlangt sei, dann werde es die erste Forderung der zur Teilnahme an der Gesetzgebung berufenen Arbeiter sein: **Gründlicher und unentgeltlicher Unterricht in den Volksschulen für alle.** In der Jugend müsse die Bildung angestrebt werden, denn was „Hänschen nicht lerne, lerne Hans nimmermehr“. F. Lassalle, Die Agitation S. 51.

6.

Verwirklichung der persönlichen Freiheit.

Insbesondere Reform der Preßgesetzgebung auf der Grundlage absoluter Preßfreiheit.

1. **Absolute Preßfreiheit.** Denn nur auf dem Boden wirklicher Freiheit kann sich alles Große entwickeln;

2. **Aufhebung der Kautionen für Zeitungen,** denn diese Kautionen haben, wie ich Euch schon im Arbeiter-Programm auseinandergesetzt, nur die Wirkung, die Zeitungen zu einem Monopol der Kapitalisten zu machen und es dem Volke zu wehren, seinerseits Organe gründen zu können, die seine Überzeugung vertreten.

3. **Abschaffung der Stempelsteuer;** denn die Stempelsteuer hat einerseits dieselbe Wirkung wie die Kautionen und andererseits ist es noch außerdem stupide, die Zeitungen, insofern sie ja Volkslehrer sein sollen, besteuern zu wollen. Es ist, als ob man den Schulunterricht oder etwa die Predigt der Geistlichen besteuern wollte. — Alle diese Maßregeln aber würden noch ganz unmöglich sein, das Wesen unserer Presse, wie es nun einmal geworden ist, umzuwandeln, wenn nicht noch eine vierte Maßregel hinzukäme, welche diese Umwandlung vollbringen muß.

In einem sozialdemokratischen Staate muß ein Gesetz gegeben werden, welches jeder Zeitung verbietet, irgendeine Annonce zu bringen, und diese ausschließlich und allein den vom Staate oder von den Gemeinden publizierten Amtsblättern zuweist. Von Stund' an hören die Zeitungen auf, eine lukrative Geldspekulation zu sein. Von Stund' an ziehen sich die spekulierenden Kapitalien von ihnen zurück. Von Stund' an verhungert das stehende Heer der Zeitungsschreiber oder wird Stiefelputzer; das ist seine Sache! Von Stund' an hört der Zeitungsschreiber von Metier auf, und an seine Stelle tritt der Zeitungsschreiber von Beruf! Von Stund' an existieren nur solche Zeitungen und können nur solche Männer Zeitungen schreiben, welche ohne Rücksicht auf lukrative Bereicherung die Mission in sich fühlen, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volkes zu kämpfen.

Erheben Sie diese Maßregel zu einer Volkstradition. Akkreditieren Sie sie durch das tausendfältige Echo Ihrer Stimme, erheben Sie sie zu einer demokratischen Forderung ersten Ranges, damit nichts in späterer Zeit ihrem Verständnis sich widersetze.“ F. Lassalle Die Feste, die Presse S. 18.

Thesen

des Herrn C. W. Toelcke aus Iserlohn.

- I. Die bestehenden gesellschaftlichen Zustände verletzen das Prinzip der Gerechtigkeit und die Würde des Menschengeschlechts, weil sie die große Mehrheit desselben der Heftigkeit einer winzigen Minderheit und der unbeschränkten Ausbeutung durch dieselbe unterwerfen.
- II. Die bestehenden gesellschaftlichen Zustände wurzeln in der verächtlichsten aller menschlichen Untugenden, der Selbstsucht. Die Folgen und zugleich Einrichtungen zur Aufrechterhaltung derselben sind:
 1. die Scheidung der Menschen in Klassen;
 2. das sogenannte historische, durchweg unnatürliche „Recht“ einzelner Klassen zur Unterdrückung der Majorität
 - A. in sozialer Beziehung durch
 - a) Sklaverei,
 - b) Leibeigenschaft,
 - c) Lohnarbeit,
 - d) Befreiung der Kapitalmacht von allen Fesseln;
 - B. in politischer Beziehung durch
 - a) Ausschluß von der Gesetzgebung und Verwaltung (Wahl-systeme; Erblichkeit der Exekutive; Veto; Ernennung der Beamten usw.);
 - b) Aufbürdung aller Staatslasten (Steuern, Militärdienst, Kriegslieferungen);
 - c) Erschwerung der Emanzipation (mangelhafter Schulunterricht — „Bete und arbeite“ —; Fabriken-Schulen; Strafgesetze gegen Koalitionen zur Verbesserung der Lage; Konzessionswesen; Beschränkung der Erwerbstätigkeit);
 - d) Mangel an tatsächlichem Schutze (Verfälschung der Lebensmittel; lebensgefährliche und absolut tödliche Beschäftigung usw.).
- III. Die Phrasen von der Zunahme des „Nationalreichtums“ und der „Zivilisation“ sind ein Hohn auf die bestehenden Verhältnisse.
- IV. Die bevorzugten herrschenden Klassen:
 - das Junkertum (Grundbesitz),
 - die Geistlichkeit (Glauben),
 - die Bourgeoisie (Geld),bekämpfen sich gegenseitig um die Alleinherrschaft über die unterdrückte Klasse; dagegen machen sie gemeinsam Front gegen alle Bestrebungen derselben zur Erringung der sozialen und politischen Gleichberechtigung der wahren „Freiheit“.
- V. Die Verteidiger der Interessen der herrschenden Klassen scheiden sich in ihrer Wirksamkeit je nach der Verschiedenheit dieser Interessen in „Parteien“:

„Konservative“,
„Klerikale“,
„Liberale“.

Zweck der Konservativen: mindestens Erhaltung des Bestehenden; Mittel: Staatsanwälte, Gefängnisse, Schafott, Kanonen usw.

Zweck der Klerikalen: ausschließliche Herrschaft („Autorität“) der Kirche; Mittel: unzählige, darunter Aberglauben, Inquisition, Scheiterhaufen, Hölle und Himmel.

Zweck der Liberalen (mehrere Fraktionen): ausschließliche Herrschaft des „Besitzes“; unbeschränkte Ausbeutung der Natur- und Menschenkräfte; Mittel: Presse, Beeinflussung der öffentlichen Wahlen, Geld, soziale Abhängigkeit der Masse, politischer „Freiheits“-Schwindel.

- VI. Die herrschenden Klassen behaupten die Notwendigkeit und Unabänderlichkeit der bestehenden Zustände; deshalb bekämpfen sie — selbst durch ihre „wissenschaftlichen Autoritäten“ — jeden ernstlichen Versuch und jedes Unternehmen zur gründlichen Umgestaltung derselben. Ihre Bestrebungen zugunsten des allgemeinen Menschenwohles beschränken sich daher auf Milderung der schädlichen Folgen durch präherische Wohltätigkeit, Suppen-Anstalten, Hospitäler, Armenhäuser, Selbsthilfe-Vereine u. dergl.
- VII. Die „Revolutionen“ der großen Masse der Menschheit gegen die herrschenden Klassen sind, solange es friedliche Mittel zur Besserung gibt, ebenso unzulässig und verwerflich wie die Revolutionen gegen die „Majestät“ der Menschheit.
- VIII. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist die alleinige Verteidigerin der ewig unveräußerlichen Menschenrechte. Sie erstrebt für die ganze Menschheit auf friedlichem und gesetzlichem Wege, lediglich durch die Macht der öffentlichen Überzeugung, die Wiedererlangung des sozialen Rechts auf ungefährdete Existenz und des politischen Rechts auf die Gesetzgebung. Ihre Endziele sind in sozialer Beziehung: Selbstgenuß des Ertrages der Arbeit des einzelnen durch Produktiv-Assoziationen, ermöglicht durch Staats-Intervention; in politischer Beziehung: der freie Volksstaat, herbeigeführt durch den vernünftigen Gebrauch des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde.
- IX. Die Bestrebungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands werden geleitet und ausgeführt durch den von Ferdinand Lassalle begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Organisation desselben beruht auf demokratischen Prinzipien und gewährt die Bürgschaft der unfehlbaren Erreichung der Parteiziele.

Resolution:

Die am 19. Juli auf der „Asse“ tagende Volksversammlung erklärt:

„Die freiheitlichen Volksrechte in sozialer und politischer Beziehung werden vorzugsweise von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands vertreten; deshalb ist es Pflicht aller freisinnigen Elemente, die Bestrebungen dieser Partei mit aller Kraft zu unterstützen, sowie der Arbeiter überall in deutschen Vaterlande, dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine sich anzuschließen.“

Thesen

über das demokratische Programm Joh. Jacobys:

(Entworfen von W. Bracke jun. in Braunschweig
und S. Spier in Wolfenbüttel.)

1. Das demokratische Programm von Joh. Jacoby verdient im höchsten Maße die Beachtung des deutschen Volkes.
2. Nach demselben gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der entschieden demokratischen (Volks-)Partei und der eigentlichen Arbeiterpartei.
3. Beide Parteien müssen in dem von Joh. Jacoby aufgestellten Ziele:
„Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt“,
übereinstimmen.
4. In politischer Beziehung ist die volle unbedingte Selbstregierung des Volkes herbeizuführen. Das von der Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebte allgemeine, direkte Wahlrecht trägt als notwendige Konsequenz in sich die einstige allgemeine und direkte Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung wie an der Regierung des Staates. Selbstverständlich hat sich die heutige praktische Agitation auf dem in der Gegenwart gegebenen Boden (gesetzgebende und Verwaltungsfaktoren) zu bewegen.
5. In sozialer Beziehung ist das gemeinsame Ziel:
„Die Teilnahme aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter zu erstreben.“
Jacoby betrachtet als Mittel zu diesem Ziele einmal: die gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit, das andere Mal: Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitsrente statt des heute gezahlten Arbeitslohnes. Die Arbeiterpartei hält diese beiden Mittel nicht für identisch, sondern bekennt sich mit Entschiedenheit nur für das zweite. Das Kapital ist auf Grund von Verhältnissen erworben, die einen Anspruch auf weitere Ausnutzung der Arbeitskraft nicht begründen können. Die Arbeit allein schafft alle Werte, ihr gebührt also auch der volle Arbeitsertrag.
6. Auf dem nationalen Gebiet haben beide Parteien für die Gesetzgebung wie Regierung des Staates (Deutschland), der Provinzen, Kreise und Gemeinden das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen. — Die verschiedenen Nationalitäten haben auf dem Wege freier Beratung und Verständigung allmählich Organe für den Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas zu schaffen.

Die Vorversammlung im Saale des „Goldenen Löwen“ zu Eisenach

Sonnabend, 7. August

Kurz nach 3 Uhr nachmittags ersucht Herr Liebknecht die Anwesenden, in eine Beratung zu treten über die Frage, welche Maßnahmen gegenüber den Gegnern zu ergreifen seien, die mit der ausgesprochenen Absicht kämen, gewaltsam in den Saal dringen zu wollen, anstatt dem vorgeschriebenen Wege gemäß nach Abgabe ihres Mandats mittels einer Legitimationskarte den Eintritt zu beanspruchen. Nur einige wenige hätten ihre Mandate abgegeben.

Die Versammlung erklärt sich bereit, in die gewünschte Vorberatung einzutreten und wählt Herrn Geib aus Hamburg zum Vorsitzenden.

Bracke: Ich muß nach Anhörung der Äußerungen einzelner Schweitzerianer bestätigen, daß eine Störung des Kongresses beabsichtigt ist; aber ich glaube, die Sache wird sehr einfach sein. Verschiedene von denen, welchen das Verfahren der Herren im „Schiff“ nicht angenehm ist, werden ihre Mandate abgeben, dafür eine rote Eintrittskarte erhalten und demgemäß beim Kongreß zugegen sein. Die übrigen, die nicht für eine Verständigung sind, werden nicht zugelassen. Wir dürfen und werden unter keinen Umständen auf einen Skandal eingehen. Sind wir hier nur erst organisiert, so ist von den Anhängern Schweitzers nichts mehr zu fürchten. (Sehr richtig!)

Vahlteich (Dresden): Wir haben nicht nur das formelle Recht, sondern auch die moralische Pflicht, uns gegen Skandal zu sichern. Wir werden die Treppe besetzen, und wenn die Herren heraufstürmen wollen, sie so lange besetzt halten, bis die Behörde einschreitet. (Bravo!)

Schrader (Lüneburg): Bei uns ist von den Schweitzerianern offen und frei die Resolution gefaßt worden: entweder den Kongreß zu sprengen oder uns alle herauszuprügeln! (Hört! Hört! Pfui!)

Rüdt (Heidelberg): Es tut mir leid, daß ich, der ich eine große Anzahl Stimmen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vertreten soll, so etwas vernehmen muß; ich muß meine Entrüstung aussprechen, denn ich hätte das von Herrn von Schweitzer nicht für möglich gehalten. Ich halte das nicht nur für Rohheit, sondern sogar für Gemeinheit. Sollte dieser Skandal vorkommen, so würde ich meinen Mandanten zurücktelegraphieren müssen, daß ich unter diesen Umständen nicht zu Schweitzer halten kann. — Auf der anderen Seite freut es mich, daß Sie mich gleich in einer Weise aufgenommen haben, die mir ermöglicht, so auftreten zu können, wie ich es zu tun gedenke. (Bravo.)

Winter (Altona): Ich glaube, ein jeder ist hierhergekommen, um, wenn irgend möglich eine Verständigung der Sozialdemokratie herbeizuführen. Würden wir nicht jedes Mittel hierzu in Anwendung bringen, so würden wir unseren Wählern nicht ganz gerecht werden. Solange eine Verständigung möglich ist, muß man sie versuchen. Solange nur einzelne Personen individuelle Äußerungen getan haben, solange ist noch kein Skandal provoziert. Ich glaube, daß alle im Geiste der Versöhnung hergekommen sind, und sie werden im Interesse ihrer Wähler handeln müssen.

Seifert (Leipzig): Es freut mich, eine Gegenansicht zu hören. Aber ich glaube, die Hetzereien des Führers lassen es zweifelhaft erscheinen, ob es sich friedlich machen läßt. Wie die „Ehrlichen“ auf jener Seite herauszufinden sind, erscheint mir ein sehr schwieriger Kasus. Die, die sich uns nähern wollen, werden sich auch sowieso uns nähern, und dann können wir sie ja in unsern Kreis hereinziehen. (Bravo.)

Neumayr (Wiener-Neustadt): Ich glaube, unsere Hauptaufgabe ist, daß der Kongreß zustande kommt. Den Leuten, die das verhindern wollen, müssen wir mit Mut entgegentreten. Wir sind von weiter Ferne hergekommen, und ich müßte mich schämen, zu meinem Wahlorte zurückzukehren, ohne etwas erreicht zu haben. Es ist ja früher gesagt worden, es wäre Vorsorge getroffen, daß der Kongreß stattfinden könne. Ich denke, wir sollten nicht lange herumdebattieren.

Bracke: Ich denke, wir bitten Herrn Winter aus Altona, zu den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nach dem „Schiff“ zu gehen und ihnen den Beschluß dieser Versammlung mitzutellen: daß ohne alle Frage heute abend nur Leute zum Kongreß zugelassen werden, die eine rote Karte vorzeigen, d. h. ihre Mandate abgegeben haben, und daß die Abgabe der Mandate für sie ganz ungefährlich ist. Die Leute haben gar keinen Schaden davon; nur im Interesse der Einigung bitten wir Herrn Winter zu ihnen zu gehen und sie zu ersuchen, sich den Anordnungen der Einberufer des Kongresses zu fügen. (Bravo.)

Schilling (Leipzig): Es ist bekanntgemacht worden, daß nur unter dieser Bedingung Einlaß stattfinden könne, und somit muß sich ein jeder fügen. (Sehr richtig.)

Schmidt (Leipzig): Ich habe wie einige Vorredner Gelegenheit gehabt, zu hören, in welcher Weise man vorgehen will, und habe erst vorgestern einer Holzarbeiterversammlung beigewohnt, wo das Gebaren der Schweitzerianer wahrhaftig nicht dazu beitrug, hier eine Einigung zu erzielen. Ich sage nur noch, diese Herren müssen sich unter allen Umständen den getroffenen Anordnungen fügen, und wenn sie es nicht tun, so haben sie unter allen Umständen keinen Zutritt zu dieser Versammlung!

Dann überhaupt möchte ich doch fragen, woher denn die neunzehn (Schweizerschen) Delegierten aus Leipzig Mandate herbekommen haben? Solange sie dies nicht nachweisen können, treten wir ihnen mit aller Energie entgegen und lassen niemand herein, der sein Mandat nicht abgegeben hat. (Bravo! Sehr gut!)

Mühlwasser (Brünn): Sosehr ich dagegen bin, daß man eine Rotte einläßt, die sich in der beschriebenen Weise gebärdet, so möchte ich doch einen Versuch nicht unterlassen wissen. Ich möchte beantragen, daß man den Delegierten der österreichischen Arbeiter das Vermittlungsmandat übergibt, denn wir kommen gewissermaßen als Unparteiische her. Beauf-

tragen Sie uns, jetzt hinzugehen, und wir werden, wenn nicht eine Verständigung, so doch eine geschäftsmäßige Verhandlung herzustellen suchen. (Zustimmung.)

Müller (Wolfenbüttel): Ich zweifle sehr an der Ehrlichkeit der Anhänger Schweitzers. Ich bin heute mittag Zeuge gewesen, als Bracke einige der Herren aufforderte, sich Einlaßkarten zu lösen gegen Abgabe der Mandate; da haben sie ihm mit gemeinen Schimpfreden geantwortet! Alle diejenigen, die den Kongreß sprengen wollen, ich nenne sie nicht anders als Verräter an der Arbeitersache! (Bravo.)

Bracke: Ich möchte Sie bitten, die österreichischen Arbeiter nicht mit einem solchen Auftrage zu belästigen. Herr Winter ist ja hier, er hat unsere Verhandlungen mit angehört, er wird hingehen und sagen, wie es steht. Ich glaube nicht, daß wir die österreichischen Abgeordneten im allergeringsten behelligen können, und ich glaube auch, daß diejenigen Delegierten, die sich bis jetzt eine rote Karte gelöst haben, sich in keiner Weise über uns beklagen können. Es ist z. B. ein Mandat da aus Neumünster, das lautet über 129 Mann; hinter die 129 ist noch eine Null mit Bleistift hinzugesetzt worden, aber wir haben trotzdem auf die rote Einlaßkarte geschrieben: 1290 Stimmen, weil es dem Lokalkomitee nicht zukommt, die Mandate zu prüfen, sondern nur die Ordnung aufrechtzuerhalten; die Mandatprüfung gehört vor den Kongreß. Jedem, der ein Mandat bringt, wird eine rote Einlaßkarte gegeben, und wem damit nicht genügt ist, der beweist eben, daß er etwas anderes, als in vernünftiger Weise vorgehen will. (Sehr richtig.)

Bremer (Magdeburg) beantragt: Die österreichischen Delegierten gemeinsam mit Herrn Winter zu den Anhängern Schweitzers zu senden.

Spier (Wolfenbüttel) unterstützt diesen Antrag.

Schulz (Mainz): Von meinen Vorrednern habe ich schon erfahren, daß jene Herren uns schroff gegenüber treten wollen; ich sehe aber nicht ein, warum wir einander sollen schroff gegenüber treten. Ich bin der Ansicht, wir lassen die Herren ruhig hierherkommen; es wird eine Menge unter ihnen sein, die dem, was wir wollen, sich anschließen werden. Ich beantrage, eine bestimmte Zeit festzusetzen, wann sie hierherkommen sollen, und dann wollen wir über das Weitere beraten. (Bravo.)

Winter (Altona) ersucht, ihn an die Schweitzerianer abzusenden.

Salm unterstützt den Antrag Brackes.

Metzner (Berlin): Die Schweitzerianer zu bitten, hierherzukommen, sind wir nicht verpflichtet, ja nicht berechtigt. Auch diejenigen, die uns hierhergeschickt, haben ein Recht auf Achtung, und diese könnte wesentlich verlorengelassen, wenn wir uns aufs Bitten legen! (Sehr wahr!) Welchen Wert die Mandate der andern Seite haben, brauche ich nicht näher anzuführen. Eine Versammlung, die am letzten Sonntag in Berlin stattfand, und die der „Sozialdemokrat“ auf 1500 Teilnehmer angegeben, gibt Zeugnis dafür, denn in Wahrheit waren es bloß 400—500. Den Antrag kann ich nur unter einer ganz bestimmten Bedingung annehmen, nämlich, daß Herr Winter und der Herr aus Brünn (Mühlwasser) noch einmal eine Verständigung versuchen und die Herren auffordern, ihre Mandate abzugeben. Fügen sie sich dem nicht, so können wir sie nicht einlassen. (Bravo.)

Seifert (Leipzig): Ich schließe mich dem Vorredner an. Wir haben ihnen ja gezeigt, daß wir gewillt sind, sie aufzunehmen! (Sehr richtig.)

Bremer (Magdeburg): Ich bin nicht der Mann des Kompromisses, aber ich empfehle Ihnen den Antrag, den ich gestellt habe, und wünsche, daß die Bedingungen nicht bittend gestellt werden, sondern daß den Leuten vorgehalten wird, welchen Verrat sie begehen, wenn sie nicht mit dem Gedanken hergekommen sind, eine Vereinigung ins Werk zu setzen! (Bravo.)

Eilner (Koblenz): Ich bin eben im „Schiff“ gewesen, aber nicht etwa aus „Verräterei“, sondern weil ich ein falsches Mandat abgegeben hatte, denn ich hatte deren zwei, und ich möchte Ihnen vorschlagen, nicht dahin zu gehen, sondern hier abzuwarten, wie die Herren es denn vorhaben zu machen. Der Kongreß ist ja noch nicht im Gange. Ich schlage also vor, abzuwarten, bis man gesehen hat, was man auf jener Seite vornimmt.

Stolle (Krimmitschau): Wir haben schon jahrelang diesen Leuten die Bruderhand hingehalten, und sie wurde zurückgewiesen. Heute ist nun wieder ein Vereinigungskongreß, und, sehen Sie diese Herren an, — sie wollen sich nicht fügen, nicht fügen den von ihren Brüdern selbst gemachten Bestimmungen. Wenn die Leute es ehrlich meinen, können sie ja ruhig ihre Mandate abgeben, und niemand wird ihnen den Eintritt verweigern. Wer das Recht seiner Brüder vertreten will, der wird kommen und sagen: Ich will sehen, ob man mich nicht mein Recht ausüben lassen will! (Sehr richtig! Bravo.)

Oberwinder (Wien): Ich schließe mich Herrn Stolle an. Ich bin entschieden gegen Entsendung einer Deputation an jene Herren, es könnte uns als Schwäche ausgelegt werden. Es wird der Sache genügt, wenn die beiden namhaft gemachten Herren hingeschickt werden. Die moralische Niederlage jener Herren wird zwar nicht vermindert; aber man legt es uns dann als Schwäche aus. Wir, die österreichischen Abgeordneten, wissen sehr gut, auf welcher Seite das Recht und wo das Unrecht ist.

Bremer (Magdeburg): Nach den Ausführungen Oberwinders ziehe ich meinen Antrag zurück.

Vorsitzender: Es liegen jetzt noch vor: Der Antrag von Bracke, Herrn Winter zu deputieren, und der Antrag Mühlwassers, die österreichischen Abgeordneten zu deputieren.

Mühlwasser (Brünn): Ich bin bei mir bekannt als ein Mann, der vor keiner Gefahr zurückweicht. Würde die Schweitzersche Partei unsern Vermittelungsvorschlag zurückweisen, so würde ich für die strengsten Maßregeln und für Gewalt gegen Gewalt stimmen, und würde vielleicht in der ersten Reihe stehen. Es handelt sich aber gar nicht darum, wer hier siegt, sondern, wenn es zum Handgemenge kommt, wird man einfach sagen: man hat sich gerauft! Darum stelle ich den Antrag, daß man drei Angeordnete entsende und erkläre: Wir bieten euch die Hände, wollt ihr oder wollt ihr nicht? Entweder — oder —! (Bravo.)

Schrader (Lüneburg): Ich habe mich nie den Schweitzerianern feindlich gegenübergestellt, aber eine Vereinigung mit diesen Leuten herbeizuführen, ist wirklich unmöglich, denn ihre Mandate sind ja dahin ausgestellt: Sie sollen den Kongreß sprengen und nichts anderes. So ist das Mandat des Herrn Kühn aus Lüneburg ausgestellt, das weiß ich, und wenn die Herren auf unsern Vorschlag eingingen, so würden sie ja ihrem Auftrag zuwiderhandeln. In Lüneburg zählte die Versammlung bloß 60—80 Teilnehmer, und das betreffende Mandat lautet auf 400 Stimmen, und so wird

es am Ende mit ihnen allen sein; weil ihre Mandate nicht richtig sind, wollen sie dieselben nicht übergeben. Diese Leute werden nimmer eine Vereinigung annehmen!

Nippoldt (Gotha): Der Zweck des Kongresses ist doch nur der, sämtliche Sozialdemokraten Deutschlands unter einen Hut zu bringen. Wenn wir diesen Zweck erreichen wollen, finde ich nicht heraus, warum man mit einer Partei parlamentieren will, die auf ganz anderem Standpunkt steht, und jede Vereinigung schon von vornherein von sich gewiesen hat. Der Kongreß ist eine europäische Tatsache. Mögen die Herren kommen und entweder erklären, sie treten bei, oder sie scheiden aus. Das muß unser Standpunkt sein; aber nicht mit Leuten parlamentieren, die nicht beitreten, sondern nur den Kongreß sprengen wollen! (Sehr richtig.)

Hillmann (Elberfeld): Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an. Wir haben hier die Souveränität des Volkes zu vertreten gegenüber den imperialistischen Gelüsten des Herrn von Schweitzer! (Sehr richtig!)

Vahlteich (Dresden): Auf Grund jahrelanger Erfahrung habe ich von Anfang an dagegen protestiert, daß man diese Leute nicht von vornherein zurückgewiesen hat. Aus demselben Grunde protestiere ich auch heute gegen alle Vorschläge, die darauf hinausgehen, sie hierher zu führen.

Greulich (Zürich): Wir sind hier versammelt aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands, aus Österreich, aus der Schweiz usw., und die Augen aller guten Sozialdemokraten, nicht bloß von Europa, schauen auf uns, wie wir hier einander die Hände reichen werden. Meine Herren, der Kongreß hat ein klar ausgesprochenes Ziel. Er wurde nicht etwa als eine allgemeine Versammlung ausgeschrieben, wo katholische Gesellenvereine und dergleichen auch noch Platz hätten, sondern er hat ein bestimmt ausgesprochenes Ziel. Meine Herren, ich spreche meine innerste Überzeugung aus: die Anwesenheit dieser Herren Schweitzerlinge ist eine Gemeinheit! Es ist eine Gemeinheit, wenn eine Partei an einem Orte zusammen ist, um ein großes Werk zu vollbringen, und eine andere Partei kommt an den gleichen Ort mit dem ausgesprochenen Willen, einen Schlag zu führen gegen diese Partei, die ihnen nichts in den Weg legt, sondern sich nur organisieren will. Und diese Leute sind mit Mitteln hergekommen, die sie wahrscheinlich nicht als von Arbeitern herrührend ausweisen können! Wer da weiß, wie viele Arbeiterpfennige dazu gehören, um nur einen Delegierten herzuschicken, der weiß, wie schwer das ist; ich spreche hiermit den Verdacht offen aus und schließe mich im übrigen meinen Vorrednern an: Wer herkommt und sich den Anordnungen des Kongresses fügt, der steht unter der Geschäftsordnung; und wer das nicht will, der soll wegbleiben! Will man uns mit offener Gewalt stören, so stehen wir alle da! — (Bravo.)

Rüdt (Heidelberg): Ich bin zwar Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, doch verahre ich mich gegen den Verdacht, als sei ich ein Busenfreund Schweitzers. Wenn Sie mich zu den Herren im „Schiff“ hinschicken wollen, so bin ich gern dazu bereit. Was jedoch den Ausspruch eines der Vorredner betrifft: daß die Leute durch ihr Mandat gebunden wären, so halte ich das nicht für richtig. Ich habe auch Vollmachten, die mir ein Gewicht hätten um den Hals legen können, doch ich

habe meinen Wählern gleich bemerkbar gemacht, daß ich mir meinen freien Willen nicht rauben ließe; es kann ja dies auch bei den andern der Fall sein.

Metzner (Berlin): Ich will in betreff eines Herrn Nathan Schlesinger, der sich bei den Anhängern Schweitzers befindet, nur faktisch mitteilen, daß er heute große Flaschen Schnaps durch das Waggonfenster gekauft hat, und ich habe zu konstatieren, daß am Sonntag in der Schweitzerschen Versammlung (Berlin) Leute von uns ohne jede weitere Veranlassung mißhandelt wurden. Denselben Herrn, der am schwersten mißhandelt wurde, hat Herr Nathan Schlesinger heute in einer Weise beleidigt, wie es nicht ein halbwegs gebildeter Mann, sondern nur Leute tun können, die man gewöhnlich mit dem Worte „Pöbel“ bezeichnet — Nur dies eine Faktum!

Schrader (Lüneburg): Ich kann hier konstatieren, daß nicht das Mandat die Leute bindet, sondern die Leute sind, wie z. B. Kühn aus Lüneburg, mit dem Vorsatz hergekommen und haben kein Mandat anders angenommen als mit der Befugnis, den Kongreß zu sprengen!

Es erfolgt jetzt Abstimmung über die beiden Anträge von Bracke und Mühlwasser. Beide werden verworfen; dagegen akzeptiert die Versammlung das Anerbieten der Herren Rüdt und Mühlwasser, auf eigene Hand und aus freiem Antriebe zu den im „Schiff“ Versammelten zu gehen und den dort Befindlichen zu erklären, daß sie nur gegen Abgabe der Mandate zugelassen werden. — Die Herren Rüdt und Mühlwasser begeben sich ins „Schiff“.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu einem Antrage des Herrn Spier: Schon jetzt provisorisch über die Vorlagen zu beraten und zu beschließen, damit, wenn der Kongreß nicht sollte zustande kommen, dennoch nach diesen Vorschlägen gehandelt werden könne.

Es sprechen hierzu: Schmidt aus Wiesbaden und Neumayr aus Wien dafür, Ellner aus Koblenz dagegen.

Spier (Wolfenbüttel) motiviert seinen Antrag; Metzner (Berlin) befürwortet, sich über die Bildung eines Büros zu verständigen. Opificius (Frankfurt a. M.) gegen den Spierschen Antrag, Polling (Dessau) gegen alles Provisorium.

Liebknacht (Leipzig) für den Antrag: Wir sind gekommen, um uns zu organisieren. Die Partei muß um jeden Preis aus dem bisherigen Provisorium heraus. Sobald wir organisiert sind, ist es zu Ende mit dem Treiben der Schweitzerlinge. Deshalb werden sie unsere Organisation zu hintertreiben suchen. Aus einem anderen Grunde sind sie überhaupt nicht da. Es liegt allerdings in unserer Macht, etwaige Ruhestörer, wenn nötig mit Gewalt, zurückzuweisen — und dies ist unsere Pflicht, wenn es soweit kommt, denn auf die Polizei dürfen wir uns nicht verlassen —; aber wir können nicht dafür bürgen, daß die Behörde nicht etwa durch den Skandal jener Leute veranlaßt wird, den ganzen Kongreß zu verbieten, was Schweitzer offenbar bezweckt. Wir haben es nicht mit ehrlichen Gegnern zu tun, sondern mit einem Mann, für den es sich jetzt um Leben und Tod handelt, und der in jeder Beziehung zugrunde gerichtet ist, wenn wir unser Ziel erreichen, d. h. uns organisieren. Selen wir daher auf alle Fälle vorbereitet; verlieren wir keine Zeit und treten wir sofort in die provisorische Beratung der Vorlage ein.

Hirsch (Winkel) spricht für Vervollständigung des Büros; Spier hält dies für noch notwendiger als die Vorberatung über die Vorlagen und spricht für Bevorzugung des Metzner-Hirschschens Antrages, ebenso Vahlteich (Dresden) und Müller (Woltenbüttele).

Es wird beschlossen, provisorisch für den Kongreß vier Vorsitzende und vier Schriftführer zu wählen. Zu Vorsitzenden werden die Herren Bebel, J. Ph. Becker, Geib und Oberwinder vorgeschlagen.

Bebel lehnt ab; Vahlteich sucht Bebels Bedenken zu widerlegen; Spier befürwortet die Wahl Geibs. Müller spricht für die Wahl Bebels und Dr. Walster für die Wahl Oberwinders als ersten Präsidenten.

J. Ph. Becker: Meine Herren! Wenn man mich als jemanden hinstellt, der in der Sache unparteiisch dastehe, der in allen Beziehungen auf die vorliegende Zwistigkeit keine Stellung eingenommen habe, so ist das ein großer Irrtum. Sie alle wissen, daß jene Leute, die Schweitzerianer, gleichsam unter dem Kommando Schweitzers stehen. Dabei müssen Sie bedenken, daß vielleicht keiner in dieser ganzen Versammlung sich des Hasses des Herrn v. Schweitzer so gründlich erfreut als ich, und es ist daran zu zweifeln, ob dieser Haß, den ich mir bei ihm verdient habe und aus dem ich mir ein Verdienst mache, mich als unparteiisch erscheinen läßt. Auf der andern Seite bin ich der ganzen Demokratie wie auch der Internationalen Arbeiter-Assoziation schuldig, daß ich nicht die gewünschte Veranlassung gebe, mich gleichsam als Zielscheibe hinzustellen, sondern daß ich eine ganz neutrale Stellung einnehme und bei Gelegenheit mein möglichstes tue, um eine Vermittlung herbeizuführen. Man würde sich eine Illusion machen, wenn man glaubte, daß durch die Wahl meiner Person zum Präsidenten eine Umarmung unserer Partei mit der Schweitzers zustand kommen könne.

Es werden jetzt provisorisch gewählt als Vorsitzende die Herren Geib (Hamburg) zum ersten, Bebel (Leipzig) zum zweiten Vorsitzenden; Oberwinder (Wien) zum ersten und Quick (Genf) zum zweiten Stellvertreter.

Zu Schriftführern werden die Herren Scheu (Wien), Dr. Walster (Dresden), Motteler (Krimmitschau) und Bürger (Göppingen) provisorisch gewählt.

Die Herren Rüdft und Mühlwasser kehren aus dem „Schiff“ zurück.

Mühlwasser: Ich habe vorhin zweimal in lebhafter Weise das Wort ergriffen, um die Versöhnung mit einer Partei zu predigen, die ich nicht gekannt habe. Nachdem ich nun freiwillig ins „Schiff“ gegangen bin und gefunden habe, daß dort die ganze Gesellschaft mehr oder weniger total betrunken ist, und die Aufforderung, in Güte etwas über die Parteiorganisation zu besprechen, mit den Worten: „Rauswerfen! Nieder-schlagen!“ beantwortet hat, so ziehe ich meinen Antrag mit Freuden zurück und sage jetzt: Stürm an Stürm! (Bravo.)

Rüdft: Ich bin ins „Schiff“ gekommen als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es waren mir aber schon einige vorausgeeilt und hatten dort verbreitet, ich sei zu den „Abtrünnigen“ übergegangen. Ich bin gefragt worden, ob ich mein Mandat abgegeben habe. Ich sagte: Ja; ich habe gesagt, daß das zur Ordnung gehört. Es wurde mir darauf erwidert, daß ich unter der Bedingung bei Ihnen (den Schweitzerschen) nicht bleiben dürfe. Ich habe mich darauf entfernt, nachdem ich einigen

Herren gesagt, daß ich in der Absicht gekommen sei, eine Vermittlung anzubahnen. Wenn ich dadurch zum „Verräter“ geworden bin, daß ich mich über diese Rohheiten ausgesprochen habe, so weiß ich nicht, welches Prädikat einem anderen Verräter beigelegt werden müßte. (Bravo.)

Stolle: Es wird mir eben von einem Freunde mitgeteilt, daß die Leute beschlossen haben, durch Mittel der List und, wenns nicht anders geht, durch die roheste Gewalt hier einzudringen. Es bleibt nun die Frage, was wir in diesem Falle machen sollen. Ich denke, wir verständigen uns darüber, daß wir uns schlimmstenfalls morgen gleich wieder in einem andern Lokale weiter versammeln.

Schrader: Nun gut! mögen sie kommen! Ich werde der erste sein, der ihnen gegenübersteht! Es geht nicht anders, sie wollen es ja!

Bebel: Sie sind gewiß alle davon überzeugt, daß diejenigen, welche den heutigen Kongreß einberufen haben, auch alles getan haben, um denselben vor Störung zu sichern, und so haben wir denn auch in einer fünf-stündigen Beratung, die wir gestern hatten, uns darüber zu verständigen gesucht, was zu tun sei. Das erste war, daß wir das Plakat* an die Straßenecken anschlagen ließen, und, meine Herren, ich richte hier nochmals die dringende Bitte an Sie, daß Sie unter keinen Umständen sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen!

Wenn die Herren hier eindringen — und das werden sie sicher tun; nach den Andeutungen in den betreffenden Beamtenkreisen, deren Pflicht es ist, über Ordnung zu wachen, ist man dort der Meinung, es könne hier zu blutigen Köpfen kommen —, müssen wir alles vermeiden, was den Anschein gewinnen könnte, daß wir den Skandal irgendwie provoziert hätten! Unsere Pflicht ist es, so lange wie möglich uns jeder Tällichkeit zu enthalten, damit wir in jeder Beziehung gerechtfertigt dastehen, damit nicht in der Presse gesagt wird: Die Arbeiter haben einen Kongreß abgehalten und er konnte nicht anders enden als mit einer Prügelei! Aber, meine Herren, wir dürfen es nicht darauf ankommen lassen, daß hier unsere Fäuste einfach entscheiden, d. h. daß wir darauf warten, wer von den beiden Parteien die Oberhand behält. Daher war meine Ansicht, daß wir die Behörden in Kenntnis setzen, und ich habe es für meine Pflicht gehalten, zum Oberbürgermeister zu gehen, und bin auch vor einer Stunde beim Polizei-Inspektor gewesen. Der Polizei-Inspektor sagte: „Ich weiß, daß Sie Miteinberufer des Kongresses sind. Sie können versichert sein, daß Sie in jeder Beziehung auf den gesetzlichen Schutz rechnen können. Sie sind hier in einem freien Lande, Sie können hier sprechen und beschließen, was sie wollen — wir werden nicht danach fragen. Machen Sie also in Ihren Versammlungen, was Ihnen gut dünkt. Wollen Sie dieselben unter freiem Himmel abhalten, so können Sie auch im Freien tagen; wollen Sie dieselben in einem Saale abhalten, gehen Sie in einen Saal; wollen Sie am andern Tage in einem andern Lokale tagen — die Eisenacher Polizei wird nicht danach fragen. Aber wenn das, was Sie hier angeordnet haben, in irgendeiner Weise durch Gewalt gestört wird, dann haben Sie als Veranstalter Anspruch auf den Schutz der Behörde, und Sie können versichert sein, daß wir Sie schützen werden. Wir werden ruhig warten, bis von Ihnen ein Bote kommt und sagt, jetzt ist die Sache so,

* Siehe im Anhang.

daß die Polizei kommen muß. Dann sind die Leute auf dem Platz, und ich werde den Kongreß schützen, soweit ich kann!"

Meine Herren! Das ist eine Erklärung, gegen die nichts zu sagen ist. Der Polizei-Inspektor stellte mich schließlich seinen Beamten vor mit den Worten: Meine Herren, ich habe die Ehre, Ihnen einen Einberufer des Kongresses vorzustellen! Und zum Abschied: Es soll mir sehr angenehm sein, wenn Sie nächsten Dienstag wiederkommen und mir sagen, ob Sie die Handlungsweise der Eisenacher Polizei billigen oder nicht.

Reichelt (Apolda): Auch ich hebe nochmals hervor, daß ja in dem Blatte der Schweitzerianer angezeigt worden ist, daß sie hereinbrechen und stören wollen, was wir hier zu schaffen beabsichtigen.

Bebel: Sollte also die Störung heute in so großem Maße eintreten, daß die Ruhe nicht mehr herzustellen ist, so liegt auf der Hand, daß die Störer morgen wiederkommen und so lange stören werden, bis es nichts mehr zu stören gibt; und dies werden sie um so mehr tun, als der „Goldene Löwe“ als das Versammlungslokal des Kongresses bezeichnet worden ist. Darum sind wir auf das Auskunftsmittel verfallen, nach der zu erwartenden Störung dieses Kongresses einen anderen Kongreß einzuberufen. Wir können in der nächsten Minute in einem anderen Lokale der Stadt einen anderen Kongreß eröffnen. Der Saal im „Mohren“, der jenen Herren auf ihr Ansuchen erst zugesagt, dann aber wieder abbestellt wurde, ist uns für diesen Fall bereitwilligst zugesagt. Sollte also heute der Kongreß so gestört werden, daß keine geregelten Verhandlungen stattfinden können, so wird der Vorsitzende den Kongreß schließen und einen andern Kongreß zum nächsten Morgen in einem anderen Lokale einzuberufen, zu welchem die Teilnehmer sich andere Einlaßkarten als die heutigen zu lösen haben, die in diesem Fall von morgen früh 7 Uhr an in unserer Wohnung, Rings Restauration, Georgenstraße, gegen Abgabe der roten Karten in Empfang zu nehmen sind. Dort werden dann die Einberufer gegen etwa gewaltsam Eindringende ihr Hausrecht in Anwendung bringen.

Vahlteich spricht sich dahin aus, daß es vielleicht besser sei, wenn die Polizei schon vor dem Andringen der Schweitzerschen Clique an Platze wäre, um Gewalttätigkeiten zu verhüten. Für das schwere Geld, das die Sicherheitsbehörde zu ihrer Unterhaltung bedürfe, könne sie ja auch einmal etwas tun.

Fritzsche (Berlin) erklärt sich mit großer Lebhaftigkeit gegen Anrufung der reaktionären Staatsgewalt.

Es wird jetzt dem Vorsitzenden ein Zettel übergeben, durch welchen Herr Nathan Schlesinger um Einlaß bittet, mit dem Bemerkten, daß er bei den Schweitzerianern im „Schiff“ durchgeprügelt worden sei, und nun bei der Gegenpartei den Schweitzer „vernichten“ wolle. Sogleich nehmen mehrere Berliner Mitglieder das Wort und raten entschieden von der Zulassung des Herrn Schlesinger ab, da derselbe in nüchternem Zustande schon nicht dispositionsfähig sei und alle Versammlungen störe und aufhalte, heute aber noch dazu sinnlos betrunken sei.

Bei der Abstimmung erhebt sich keine einzige Hand für den Einlaß des Herrn Nathan Schlesinger.

[Schluß der Vorversammlung 6½ Uhr.]

Zwischen 6 und 7 Uhr rücken die Anhänger Schweitzers, etwa 100 Mann stark, in den Versammlungssaal. Sie hatten, als sie die Treppe besetzt fanden, und die entschlossene Haltung der Delegierten sahen, ihre Mandate abgegeben und dafür Einlaßkarten erhalten.

Sitzung abends 8 Uhr.

Herr Geib (Hamburg) eröffnet den Kongreß mit folgenden Worten:

Meine Herren!

Vor kaum einem Monat trat eine Anzahl sozialdemokratischer Parteigenossen zusammen, um einen Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Kongreß einzuberufen. Im Namen der Einberufer: der Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der ehemaligen Mitglieder des früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, der Mitglieder des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, der Mitglieder des Verbandes der deutschen Arbeiter-Vereine sowie der Parteigenossen aus Österreich, eröffne ich diesen Kongreß.

Ich spreche die Hoffnung aus, daß das Resultat seiner Beratung für die Partei im großen ganzen ein günstiges sein werde, daß er die Einheit der Partei herbeiführen, die Prinzipienklarheit befördern und damit Hebung und Stärkung der bisher zersplitterten Partei bewirken möge; und indem ich Sie mit dieser Hoffnung begrüße, eröffne ich den ersten allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Kongreß und bitte Sie, zunächst ein Büro zu erwählen.

Greulich (Zürich): Ich habe der Versammlung mitzuteilen, daß, da dieser Kongreß zunächst einzuberufen worden ist von den ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Arbeiter-Vereine, an den sich auch die Parteigenossen in Österreich und die Mitglieder der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz angeschlossen haben — daß sich diese Vertreter geeinigt haben, folgende Namen für das Büro vorzuschlagen:

Erster Vorsitzender: Geib aus Hamburg;
zweiter Vorsitzender: Bebel aus Leipzig;
dritter Vorsitzender: Oberwinder aus Wien;
vierter Vorsitzender: Quick aus Genf.

Schweitzerianer Lehder (Hamburg): Ehe wir zur Wahl des Büros schreiten, ist es nicht mehr als recht und billig, müssen wir sogar erst recht darauf dringen, indem wir unsere Mandate in die Hände der Herren gelegt haben, welche zum Teil eine Richtung gegen uns einnehmen, daß wir jeder von unserer Partei drei Mann wählen, welche zunächst die Mandate prüfen, daß also, bevor die Prüfung der Mandate geschieht, bevor wir wissen, wie viele Stimmen im ganzen vertreten sind, auf dem Kongreß auch die Wahl des Büros noch unterlassen wird. Ich möchte hierum bitten, da es nicht mehr als recht und billig ist.

Schweitzerianer Richter (Wandsbek): Es ist von dem Vorsitzenden gesagt worden, daß der Kongreß berufen worden von dem ehemaligen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein. Ich möchte ersuchen, daß die Sache präziser abgefaßt wäre, der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein existiert ja eben noch, und außerdem schließe ich mich ganz der Ansicht

meines Vorredners an: es muß erst eine Kommission gewählt werden, von der die Mandate geprüft werden.

Schweitzerianer Klein (Elberfeld): Es kommt mir wirklich merkwürdig vor, daß eine derartige Frage eigentlich gewissermaßen erst noch debattiert werden muß. Meiner Ansicht nach ist es klar und deutlich, daß, was in jeder parlamentarischen Versammlung, in jedem Abgeordneten-hause vorkommt, auch hier geschieht. Erst werden die Mandate geprüft, dann erst schreitet man zu einer Wahl, und ich beantrage im Einverständnis mit Herrn Lehder, erst die Mandate zu prüfen, und dazu von beiden Seiten, um allen Teilen gerecht zu werden, von jeder Seite drei Personen zur Prüfung der Wahl in Vorschlag zu bringen.

Mühlwasser (Brünn): Wir sind gekommen als die Vertreter der österreichischen Arbeiterpartei, unparteiisch in diesem Streit, nur eingenommen für die Prinzipien einer reinen Sozialdemokratie. Wir haben die Partei, welche wir einst groß und mächtig gesehen haben, in zwei Fraktionen geteilt gefunden. Wir haben uns dadurch nicht abhalten lassen, unsere Mandate abzugeben, denn es wurde ja schon früher ausgemacht, daß, bevor jemand zum Kongreß Zutritt hat, er sein Mandat vorlegen muß und sein Mandat geprüft wird; Sie alle haben deshalb nur Eintritt gefunden, nachdem Ihre Mandate geprüft worden sind. (Oho! Oho! — Großer Lärm.)

Vorsitzender Geib: Es ist ja selbstverständliche parlamentarische Ordnung, eine Prüfungskommission einzusetzen, aber konstituieren wir zunächst das Büro, damit die Verhandlungen ordnungsgemäß vorgenommen werden können. Es ist übrigens dies Ganze eine Frage der Abstimmung. (Stürmische Unterbrechung.)

Mühlwasser (Brünn): Ich bin's von Österreich nicht gewöhnt, daß man die Redner stürmisch unterbricht. Bei uns, den Männern der jungen Bewegung, die wir von Ihnen gelernt haben, da haben wir zuerst gelernt, den Redner aussprechen zu lassen. Ich appelliere an Sie, wenn Sie die alte Partei sind, die uns vorangeht, auch im parlamentarischen Takt uns voranzugehen und erst die Redner aussprechen zu lassen! — Jetzt spreche ich weiter.

Ein Kampf hat sich entsponnen, und mit Schmerz haben wir es gesehen und mit tiefster Entrüstung vernommen — — ich will weiter nicht davon sprechen, wer die Schuld an dem Haß und der Zwietracht trägt. Wir sind gekommen, die Hand zu geben zu dem Bunde der Arbeiter Deutschlands, wir sind gekommen und finden zwei Parteien, bis an die Zähne bewaffnet (Gelächter), zwei Parteien, nicht durch ein Prinzip getrennt — nein, Männer sind es, die sie trennen, nicht die Sache! (Stürmische Unterbrechung seitens der Schweitzerianer.)

Vorsitzender Geib: Herr Mühlwasser, Sie haben lediglich zur Sache zu sprechen!

Mühlwasser (fortfahrend): Gull und ich bemerke Ihnen, daß diejenige Partei, welche den meisten parlamentarischen Takt hat, auch die österreichischen Arbeiter für sich hat! (Gelächter. Unruhe.)

Stolle (Krimmitschau): Ich möchte Sie alle dringend ersuchen, daß wir ja die Zeit recht benutzen. Wir können ja hier allen gerecht werden; aber wenn wir jetzt eine Prüfungskommission einsetzen und nicht eher mit den Verhandlungen beginnen sollen, als bis die ganzen Mandate

durchgesehen sind, so raubt uns das eine Menge Zeit. Ich schlage daher vor, daß wir zuerst das Büro und zugleich eine Prüfungskommission wählen. (Lebhafter Widerspruch. Lärm.)

Bebel: Es ist hier vorhin bemerkt worden, daß in parlamentarischen Körperschaften ein Büro nicht eher eingesetzt wird, als bis die Mandate geprüft sind. Aber es ist doch ein großer Unterschied zwischen dieser Versammlung, die ad hoc einberufen ist, und zwischen einer parlamentarischen Körperschaft. Bei einer Versammlung, wie diese ist, können doch höchstens einige Mandate nicht in Ordnung sein, und die Untersuchung derselben kann man füglich zurückschieben. Ich habe aber gefunden, daß es in einer demokratischen Versammlung gar keine Gefahr hat, wenn man erst das Büro wählt und dann die Mandate prüft. Wir schlagen daher vor: die Versammlung hat über die vorgeschlagenen Namen abzustimmen, und wer in der Versammlung die Majorität hat, der ist gewählt, gleichviel ob er rechts oder links oder in der Mitte steht. (Widerspruch. Lärm der Schweitzerianer. Bravo der Sozialdemokraten.)

Schlönstein (Salzungen): Wollen Sie wirklich etwas erreichen, so gehen Sie vor allen Dingen praktisch daran und nutzen Sie die Zeit aus. Ich hätte auch gegen eine provisorische Wahl nichts einzuwenden. Vorläufig, denke ich, gehört der Kongreß ja keiner Partei an. (Widerspruch. Lärm der Schweitzerianer, Beifall der Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Geib: Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist eingelaufen: wer für den Schluß ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Es geschieht.) Der Schluß ist angenommen! (Widerspruch der Schweitzerianer. Rufe: Nein! Nein! Großer Lärm.) Ich bitte die Gegenprobe zu machen. (Es geschieht.) Es ist die Minderheit! (Rufe: Nein, es ist zweifelhaft! Große Unruhe.)

Richter (Wandsbek): Es ist hier ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden, und ich glaube doch, daß der Antrag erst diskutiert werden muß. (Bravo! Bravo! der Schweitzerianer. Lärm.)

Vorsitzender Geib: Mein Verfahren ist ganz korrekt! — Wir gehen jetzt zu der Frage über, ob Sie zuerst ein Büro konstituieren wollen, und dann — —. (Furchtbarer Lärm.)

Schweitzerianer Zielowsky (Berlin): Dieses ganze Vorgehen ist mir derartig, als wenn man gerade recht diktatorisch verfährt. Zuerst ist gesprochen worden von einem provisorischen Vorsitz; es ist gar nicht in Betracht gezogen worden, ob das Büro provisorisch sein soll oder nicht. Meine Herren, Sie sind mit den Mandaten derartig umgegangen, Sie haben sie uns aus den Händen gerissen! (Oho! Oho! Widerspruch. Lachen.)

Vorsitzender Geib: Ich weise im Namen der Einberufers dieser Versammlung entschieden diese Ausdrücke zurück! (Bravo! — Großer Lärm.)

Schweitzerianer Mann (Kassel): Ich hatte gleichfalls an der Treppe gesehen, daß eine Menge Mitglieder aus Eisenach hinaufgelassen worden ist und die stimmen alle mit ab! (Lebhafter Widerspruch. Bravo! Sehr richtig! — Allgemeiner Lärm.)

Bebel: Die Herren, die jetzt über die Mandatprüfung streiten, sind ja gerade so stimmberechtigt wie wir. Die Mandate sollen geprüft werden, und wenn vorhin gesagt wurde: „Die Mandate seien gewissermaßen schon geprüft, weil sie angenommen seien,“ so hat das nur insofern Wert,

als man sagen kann: „Dem und dem Mann ist ein Mandat übertragen.“ Es konnte niemand in diese Versammlung kommen, der keine Karte gehabt hat; und wer eine Karte hat, muß auch ein Mandat gehabt haben. Wenn andere Personen hier hereingekommen sind, so sind es höchstens die Vertreter der Presse! (Widerspruch. Lärm.)

Schweitzerianer Lehder (Hamburg): Ich frage Herrn Geib gegenüber, er soll unparteiisch mir gegenüber sagen, ob sich das herausstellen wird, ob die Mandate alle in Ordnung sind? Ich frage Herrn Geib gegenüber, Aug' in Aug', Ehrlichkeit gegen Ehrlichkeit: ob Sie alle Mandate in Ordnung haben? Ich habe nichts dagegen, wenn ein Büro provisorisch erwählt wird, aber ich will, daß so verfahren werde und nicht anders! (Bravo! Bravo! der Schweitzerianer. — Lärm.)

Vorsitzender Geib: Ich bin überzeugt, daß niemand sich im Saale befinden wird, der nicht eine Karte erhalten hat! (Widerspruch. Rufe: Mandate verlesen! Reine Diktatur! — Großer Lärm.)

Scheu (Wien): Ich bitte doch, in dieser Beziehung endgültige Anträge zu stellen. Die Einberufer wären doch blamiert, wenn sich herausstellen sollte, daß ihre Mandate nicht in Ordnung gewesen wären! (Sehr richtig. Bravo!)

Vorsitzender Geib: Es ist folgender Antrag hier eingelaufen: „Die Unterzeichneten beantragen vor allem definitive Wahl des Büros, und bitten darüber abstimmen zu lassen. Schlönstein usw.“ — Zur Geschäftsordnung hat Herr Tauscher das Wort.

Schweitzerianer Tauscher (Augsburg): Meine Herren! Man hat uns heute auf eine Weise unsere Mandate abgenommen, die ich wahrhaftig nicht demokratisch nennen kann. (Bravo! der Schweitzerianer. Widerspruch. Unruhe.) Meine Herren! Weil ich dieses Mißtrauen hege, und weil ich nicht sicher bin, ob auf Ihrer Seite alles rein ist, und ob nicht Elemente da sind, die nicht befugt sind mitzustimmen, deshalb verlange ich, daß eine gemischte Kommission gewählt werde, welche die Vollmachten prüft. (Bravo! Sehr gut! der Schweitzerianer. — Unruhe.)

Vorsitzender Geib: Es ist ein weiterer Antrag eingelaufen: Das Büro bis zur endgültigen Feststellung der Mandate provisorisch zu erwählen.

Schweitzerianer Klein (Elberfeld): Geib hat selbst zugestanden, daß Unregelmäßigkeiten vorkommen können in den Mandaten. Es ist doch in seinem Interesse, wenigstens den Schein der Unehrlichkeit zu vermeiden! (Gelächter. Entrüstung. Furchtbarer Lärm.)

Vorsitzender Geib (will sprechen, kann aber bei dem ungeheuren Lärm, verstärkt durch zahlreiche Rufe: Schluß! Schluß! nicht durchdringen. Das Läuten der Glocke verschwindet in dem unbeschreiblichen Lärm, der aus dem Hintergrunde stets von neuem hervorbricht, und nur die vorderen Reihen der Delegierten vernehmen seine Worte): Es ist von Herrn Neumayr der Antrag auf sofortigen Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte gestellt worden, damit wir weiterkommen. Meine Herren! Diejenigen, die für sofortigen Schluß der Debatte sind — — (Furchtbarer Lärm ringsum.) Es ist beschlossen worden, zuerst das Büro zu wählen; es handelt sich — — (Furchtbarer Lärm, in welchem die Stimme des Vorsitzenden verschwindet.) Wer für Schluß der Geschäftsordnungsdebatte ist — — (Die Majorität erhebt die Hand.) Angenommen! — Diejenigen, die dafür sind, daß das Büro definitiv erwählt wird, mögen die Hand erheben. — — — Angenommen! — (Großer Lärm.)

(Schweitzerianer Aurin (Berlin) springt in der Mitte der Versammlung auf einen Stuhl, schreit wie ein Wahnsinniger und ficht mit den Armen in der Luft umher. Zu verstehen ist nichts.)
Ellner (Koblenz) vom Tische herab: Ich bin auch dafür, daß die Mandate erst erledigt werden können. (Erneuter Lärmausbruch.)

Vorsitzender Geib: Herr Ellner, das steht nicht mehr zur Erledigung! (Furchtbarer Lärm erhebt sich von neuem.) Meine Herren! Wer das Recht nicht hören will, wird niemals die Wahrheit wollen! — — Meine Herren, es treten 5 Minuten Pause ein!

(Pause, in welcher die hundert Schweitzerianer einander zu überschreien versuchen. Niemand versteht sein eigenes Wort. Der Skandal kennt keine Grenzen und ist im wahren Sinne des Wortes unbeschreiblich.) — Nach der Pause nimmt das Wort:

Bebel (zur Geschäftsordnung): Ich schlage vor, damit wir endlich zum Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte kommen, das Komitee oder Büro provisorisch zu erwählen, und alsdann durch das provisorische Büro — — (Ungeheurer Lärm macht die weiteren Worte selbst den Zunächstsitzenden unhörbar.)

Schweitzerianer Armbrorst (Berlin) zu den Schweitzerianern gewandt: Meine Herren! Wir wollen den Vorwurf nicht auf uns laden, daß es an uns gewesen ist, die Debatten zu stören. Wir können bei diesem Lärm gar nicht stimmen, es kommt aber auf die Abstimmung an; aber wir wollen Ruhe und Würde, wie es dem deutschen Arbeiter geziemt! (Während dieser Worte hatte sich der Lärm gemindert.)

Spier (Wolfenbüttel): Ich muß Ihnen offen gestehen, daß auch ich für die provisorische Wahl des Büros bin; daß das berechtigt ist, will ich Ihnen an dem Berliner Kongreß beweisen. Auch auf der Berliner Generalversammlung, wo Schweitzer Präsident war, sind die Mandate erst am ersten und zweiten Tage geprüft worden. Da könnte aber eingewandt werden: „Ja, da war auch Schweitzer, der statutengemäße Präsident!“ — Gut! Statutengemäß! — Ich will auch das gelten lassen! Dieser Einwand paßt aber nicht im geringsten auf den Kongreß im vorigen Herbst: da wurde gleichfalls ein provisorisches Komitee gewählt, bestehend aus Schweitzer, Fritzsche usw. Herr Tölcke hat mindestens anderthalb Tage mit der Prüfung der Mandate zu tun gehabt, und ich glaube, wir können uns alle mit Herrn Bebel einverstanden erklären, daß das Büro heute provisorisch gewählt und alsdann definitiv bestätigt wird, sobald die Mandate geprüft sind! (Bravo. — Lärm.)

Schweitzerianer Böse (Barmen): Ich habe eben vernommen — wenn ich nicht irre — das kann ja möglich sein —, daß verschiedene Vollmachten ungültig seien. Hier ist weiter konstatiert, daß, wenn man eine Prüfungskommission ernannt, so können ja welche darunter sein, die nicht richtig verfahren. Ich bin nun ganz dafür, daß man zuerst eine Prüfungskommission wählt, weil sich hier zwei Parteien bilden. (Bravo. Großer Lärm.)

Schmidt (Leipzig): Ich kann mich nur wundern, um was Sie sich hier streiten. Es ist ja schon abgestimmt! (Oho! Oho! Lärm.) Es ist Tatsache! (Nein! Nein!) Was? Ich selbst habe dafür gestimmt, nicht für — — (die Stimme des Redners verschwindet im Lärm.)

Vorsitzender Geib: Es ist schon längst angenommen, daß das Büro und die Mandatprüfungskommission zu wählen sei. Ich habe nur noch abstimmen zu lassen: soll das Büro vor der Prüfungskommission oder nachher gewählt werden? (Widerspruch. Großer Lärm.)

Schweitzerianer Armborst (Berlin) zu seinen Gesinnungsgenossen: Streiten wir uns nicht länger darüber herum, sondern kommen wir einfach zur Abstimmung! (Rufe: Nein! Nein! Nein!, wobei sich besonders, wie schon die ganze Zeit her, Karl Klein aus Elberfeld auszeichnet.) Das provisorische Büro ist ja kein definitives Büro! (Erneute Unterbrechung.) Sträuben Sie sich nicht so fanatisch dagegen, der Weg ist der einfachste! (Unaufhörlicher Tumult.)

Hillmann (Elberfeld) ist trotz seiner kräftigen Stimme nicht zu verstehen.

(Die Schweitzerianer brüllen aus voller Kehle. Der vordere Teil der Versammlung, die Sozialdemokraten, erheben sich zum Teil auf die Tische und Stühle, um den allgemeinen Wirrwarr besser mit ansehen zu können, verhalten sich aber im Verhältnis zu den anderen sehr ruhig.)

Vorsitzender Geib: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden! Wer dafür ist, erhebe die Hand! — Angenommen! (Rufe: Nein! Nein! Nein! — Furchtbarer Lärm.)

Vorsitzender Geib (trotz des Lärmens fortgehend): Wir kommen jetzt zur Abstimmung darüber, ob ein provisorisches oder ein definitives Büro — — (Der Lärm wird wieder unbeschreiblich, die Schweitzerianer gebärden sich wie Besessene.)

Vorsitzender Geib (nach einem Augenblick ruhiger Umschau): Zehn Minuten Pause! —

(In der Pause bricht der Lärm noch ärger denn zuvor los. Viele Schweitzerianer drängen gegen den Vorstandstisch und versuchen denselben umzuwerfen. Die aus Weinflaschen hergestellten Leuchter taumeln hin und her und müssen festgehalten werden. Bei dieser Affäre zeichnen u. a. sich die Herren Klein aus Elberfeld, Lehder aus Hamburg und Röthing aus Leipzig besonders aus. Auf den Tischen an der Seite des Saales stehen viele Sozialdemokraten und lachen über das Schauspiel, das sich im Saale entwickelt. Die Wut und der Ärger der Schweitzerianer kennt keine Grenzen mehr; alle toben wüst durcheinander. Der Schweitzerianer Hasselmann ruft einigen seiner Anhänger, auf Herrn von Hofstetten deutend, zu: „Dieser Herr ist ein Spion!“ — Alles geht durcheinander, die Kehlen der Schreier werden heiser.)

Nachdem dieser Höllenspektakel etwa eine halbe Stunde gedauert hat, nimmt der Vorsitzende Geib die Verhandlungen wieder auf mit folgenden Worten: Meine Herren! Wir schreiten jetzt zur Abstimmung. Die Frage ist zuerst: Wollen Sie ein provisorisches Büro haben? Diejenigen, die dafür sind, mögen die Hand erheben — — (viele Hände erheben sich), wer dagegen ist! — — (Nur drei Hände erheben sich. — Der Lärm steigert sich wieder aufs höchste.)

Schweitzerianer Tauscher (Augsburg): Ich protestiere gegen jede Abstimmung, ehe die Mandate geprüft sind!

Schweitzerianer Tölcke (drängt sich in den Vordergrund; es tritt vollkommene Ruhe ein): Meine Herren! Erwiesen und dem Vorsitzenden Herrn Geib nachgewiesen worden ist, daß sich allerdings Personen hier im Saal befinden, die sind einfach zugelassen worden auf Grund ihrer Mitgliedskarten! (Rufe: Nicht wahr!) Ich erkläre im Namen meiner Partoitreunde, daß wir an den heutigen Verhandlungen nicht mehr teilnehmen werden, weil sie undemokratisch sind. (Allgemeines Bravo! der Sozialdemokraten und entsetzliches Gebrülle der Schweitzerianer.)

Vorsitzender Geib: Wir kommen jetzt zur Wahl des Büros, zunächst des ersten Vorsitzenden. Hierzu ist meine Person vorgeschlagen. Wer dafür ist — — (zahlreiche Hände erheben sich). Angenommen! (Die Schweitzerianer rücken mehr und mehr in die hintere Hälfte des Saales dem Ausgang zu, unter fortwährendem Lärmen. Einige beginnen mit dem Absingen der Audoischen „Marseillaise“:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unsrer Fahne steht zu Hauf“ usw.

In den Gesang stimmen bald alle Schweitzerianer ein.)

Vorsitzender Geib (erhebt sich auf den Tisch und verkündet in den Lärm hinein): Der Kongreß ist infolge des Lärms für heute geschlossen!

Ich, als erwählter Vorsitzender, berufe hiermit einen neuen Kongreß auf morgen vormittag 10 Uhr in den „Möhren“. Es haben nur die mit gelben Karten versehenen Delegierten Zutritt!!! —

Die Schweitzerianer singen weiter, als sie aber die Hälfte der zweiten Strophe gesungen, welche also lautet:

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

da scheint mancher von ihnen von Schamgefühl ergriffen und vor seinem eigenen Beginnen erschrocken sein, denn von hier ab stockt der Gesang im allgemeinen, und nur einzelne Kehlen glauben weitersingen zu müssen, bis auch sie in der allgemeinen „Unterhaltung“ untergehen.

Der Saal wird nach und nach von beiden Teilen verlassen.

(Schluß der Vorversammlung nach 10 Uhr.)

II.

Der Kongreß im Saale des Gasthauses „Zum Mohren“ zu Eisenach

Sonntag, 8. August

Der Kongreß wird um 10 Uhr durch Herrn Geib mit folgenden Worten eröffnet:

Meine Herren! Ich erkläre hiermit den Kongreß der Deutschen Sozialdemokratischen Partei für eröffnet. Wie Sie wissen, ist der gestrige Kongreß wegen Störung unmöglich geworden. Alle diejenigen Mandate, welche dahin lauten, daß festzuhalten sei an der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, welche also als gebundene Mandate bezeichnet werden müssen, sind heute morgen durch mich an Herrn Tölcke zurückgesandt worden mit folgendem Schreiben:

„Eisenach, 8. August 1869.

Herrn C. W. Tölcke!
p. A. hier.

Da ich gestern abend wegen stets wachsenden Lärmens und wegen Singens seitens der Anhänger des Herrn von Schweitzer den Kongreß schließen mußte, so sende ich Ihnen im Auftrage der Berufer des Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterkongresses anbei diejenigen Mandate zurück, welche beim Eintritt in den Kongreß von den durch Sie im „Schiff“ zu einer Vorversammlung berufenen Herren Delegierten an das betreffende Komitee abgegeben wurden.

Indem ich Sie höflichst ersuche, die Ihnen hierbei-zugehenden Mandate gefälligst an die einzelnen Delegierten auszuhändigen, zeichne ich

ergebenst

August Geib,

Vorsitzender

des Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen
Kongresses.

NB. Falls durch ein Versehen irgendein den „Ihrigen“ gehörendes Mandat zurückgeblieben sein sollte, so bitte ich Sie um Nachricht, worauf die sofortige Auslieferung erfolgen wird.“

Wir haben nun zunächst die Konstituierung des Büros vorzunehmen. Ich schlage Ihnen auch heute vor, dasselbe aus zwei Präsidenten und zwei Vizepräsidenten und vier Schriftführern bestehen zu lassen. (Dies wird ohne Diskussion angenommen.)

Spier schlägt vor, die in der Vorversammlung erwählten Herren Geib, Bebel, Oberwinder und Quick zu Präsidenten, und Schou, Dr. Walster, Motteler und Bürger zu Schriftführern durch Akklamation zu ernennen. (Ohne Diskussion angenommen.)

Zur Prüfung der Mandate wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Ellner (Frankfurt a. M.), v. Bonhorst (Wiesbaden), Bracke (Braunschweig), Kaiser (Erfurt) und Stolle (Krimmitschau) erwählt.

Vors. Geib: Meine Herren, wir gehen nun zur Tagesordnung des Kongresses über. Es stehen auf derselben 5 Punkte: Die Organisation der Partei; das Parteiprogramm; das Verhältnis zur Internationalen Arbeiter-Assoziation; das Organ der Partei; die Vereinigung der Gewerksgenossenschaften. — Sie sind wohl damit einverstanden, daß wir Programm und Organisation der Partei vorwegnehmen? (Zustimmung.)

Bebel schlägt vor, der Beratung die gedruckte Vorlage zugrunde zu legen; ferner vorher festzusetzen, wie in betreff der Rednerliste und des Sprechens verfahren werden solle und eine bestimmte Zeitbeschränkung eintreten zu lassen, damit möglichst viele zu jedem Punkte sprechen können. Er schlägt vor, jeden Redner 15 Minuten sprechen zu lassen.

Spier will 5 Minuten, Raspe 10 Minuten, weil es zunächst eine Generaldebatte sei.

Die Redefrist wird auf 10 Minuten festgesetzt, doch bleiben die Referenten von dieser Beschränkung befreit.

Neumayr (Wien) beantragt, daß die Meldungen zum Wort schriftlich geschehen müssen. (Wird angenommen.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: **Programm und Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** nimmt das Wort der Referent

Bebel: Meine Herren! Wie bekannt, hat man sich in den verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei viele Jahre darüber gestritten, welches die beste Organisation sei. Sie wissen, wie man von der einen Seite der anderen (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) vorwarf, ihre Organisation sei zu stramm, weil danach alle Macht in der Hand eines Einzelnen liegt, was sehr leicht zu Mißbrauch verführe. Von der anderen Seite wurde hervorgehoben, daß man durch Aufhebung dieser Organisation den einzelnen Vereinen eine zu große Machtbefugnis einräume. Dieser Streit hat nach beiden Seiten aufklärend gewirkt; beide Parteien haben gesehen, daß bei ihnen nicht alles in Ordnung war. Wir mußten daher einen dritten gemeinsamen Weg einschlagen, wenn wir das Richtige herausfinden wollten.

Es galt dabei, die Erfahrungen, die man in dieser Beziehung gemacht hatte, möglichst zu verwerten, denn ebensogut wie ein Programm den verschiedenen Zeitverhältnissen angepaßt sein muß, so auch eine Organisation; mußte doch auch die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mehrfach verändert werden.

Die heutige Vorlage, glaube ich, entspricht den Anforderungen, welche man an eine gute Organisation stellen kann. Sie verhindert den Mißbrauch der Gewalt in der Hand einer einzelnen Person und ermöglicht zugleich einheitliches Handeln. Die §§ XI und XII der Vorlage lauten:

„§ XI. Spätestens drei Wochen nach dem Kongreß muß das Kongreß-Protokoll allen Mitgliedern zum Kostenpreise zugänglich gemacht werden.

Kongreß-Beschlüsse, welche eine Statutenänderung bezwecken, müssen innerhalb sechs Wochen vor dem Kongreß der Urabstimmung aller Parteimitglieder unterbreitet werden. Einfache Majorität der Abstimmenden entscheidet. Das Resultat der Abstimmung wird im Parteiorgan veröffentlicht."

„§ XII. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschuß von fünf Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Kassierer und einem Beisitzer, übertragen. Sämtliche Ausschußmitglieder müssen an einem Orte oder in dessen halbmeiligem Umkreise wohnhaft sein und werden von den am Vororte der Partei wohnhaften Parteimitgliedern in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Treten im Laufe des Jahres im Ausschusse Vakanzen ein, so hat der Vorort — mit Ausnahme des in § XVII erwähnten Falles — nach demselben Wahlmodus die Ergänzungswahlen vorzunehmen."

Es gibt demnach in unserer Parteiorganisation keinen Führer mehr, und das ist notwendig; sobald eine Partei bestimmte Personen als Autorität anerkennt, so verläßt sie den Boden der Demokratie, denn der Autoritätsglaube, der blinde Gehorsam, der Personenkultus ist an sich undemokratisch. Deswegen wollen wir statt einer Person fünf Personen an die Spitze stellen.

Aber es war noch ein anderes, was zur Trennung und Verbitterung der beiden bisherigen Parteien wesentlich mit beigetragen, die Arbeiter gegeneinander gehetzt hat, und das, meine Herren, lag daran, daß der einzelnen Person, welche die Leitung in der Hand hatte, auch die Möglichkeit gegeben war, zugleich die öffentliche Meinung in der Partei zu machen, was dadurch möglich war, daß das Parteiorgan Privateigentum dieser Person war, daß dieselbe in diesem Organe nur das veröffentlichte, was ihr paßte, alles andere unterdrückte und der Masse den Glauben beibrachte, daß das im Blatt Veröffentlichte das allein Richtige sei. Auf diese Weise ward jeder Opposition von vornherein der Mund verstopft, denn durch dies Organ konnte man sofort den für einen Verräter erklären, der in irgendeiner Sache mit der einzelnen Person nicht einverstanden war. Haben wir nicht im Laufe der letzten Jahre die Erfahrung gemacht, wie die Einsichtsvollsten und Besten der Partei für Verräter erklärt wurden?

Dies ist eine Gefahr, die wir vermeiden müssen.

Aber, meine Herren, es ist, wenn wir heute eine neue Organisation gründen wollen, auch zugleich notwendig, daß wir uns klar und bestimmt über die Richtung, in welcher die Partei geleitet werden soll, daß wir uns klar und bestimmt über die Zielpunkte aussprechen, die die Partei verfolgen soll und muß. Ich werde davon absehen, die einzelnen Punkte des Programms in dieser Vorlage zu entwickeln — das würde mich zu weit führen, und ich glaube, daß bei vielen Punkten keine weitere Auseinandersetzung nötig ist. Es wird sich bei der Debatte hinreichend Gelegenheit bieten, einzelne der Diskussion bedürftige Punkte zu erörtern. Aber darin werden Sie mir beistimmen, daß wir ein Programm aufstellen müssen, das nicht allein sozialistisch, sondern auch demokratisch ist, sonst können wir keinen Anspruch auf den Namen „Sozialdemokraten“ machen und an eine Lösung der sozialen Frage nicht denken. Durch Aufstellung eines präzisen Programms verhindern wir auch, daß sich nicht zu uns gehörige Elemente einschleichen, die Verwirrung und Uneinigkeit unter uns säen. Was nun

die oben angedeutete Gefahr betrifft, so können wir sie nur dadurch vermeiden, daß das künftige Parteiorgan nicht das Eigentum einer oder mehrerer Personen, sondern daß es Eigentum der Partei wird, daß die Partei über seine Rechte entscheidet, daß die offiziellen Vertreter der Partei darüber zu entscheiden haben, wenn das Blatt sich irgendeinen Verstoß gegen die Organisation oder einzelne Mitglieder zuschulden kommen läßt. Daß in dieser Beziehung bis jetzt sehr viele Klagen vorgelegt haben, und daß ferner oft eine Einsendung, wenn sie der betreffenden Redaktion nicht in den Kram paßte, gefälscht wurde und schließlich als ein Artikel im Blatte erschien, der dem ganz und gar nicht entsprach, was der Einsender hatte ausdrücken wollen — dies wird vermieden werden, indem der Ausschuß die Aufsicht über das Blatt hat, und, falls selbst der Ausschuß — was ja denkbar — sich solchen Beschwerden gegenüber teilnahmslos verhielte, die Kontrollkommission eintritt, welche Redaktion und Ausschuß zur Verantwortung zu ziehen hat.

Ich glaube also, meine Herren, daß von allen diesen verschiedenen Gesichtspunkten aus der Entwurf ein derartiger ist, daß er den Ansprüchen einer sozialdemokratischen Organisation genügt und auf der andern Seite eine vollständig einheitliche Leitung in allen Punkten ermöglicht. Ich will nicht damit sagen, daß nicht einige Punkte daran geändert werden könnten, sogar müßten, es sind sogar hier vor einigen Tagen in einem kleinen Kreise Änderungen beantragt worden, die ich für gut halte. Ich werde sie erwähnen, sobald wir in der Spezialdebatte an die betreffenden Punkte kommen.

Sie können nun einwenden: „Ja, der erste Teil der Vorlage ist ganz gut, aber in dem zweiten Teile kommt ihr bei dem Ausstellen eines Statuts mit ‚Lokalvereinen‘, und hier werden wir den alten Streit haben: das ist lokale, und das ist allgemeine Anordnung! Wir sind da in ein Dilemma gekommen, das zu vielen Widerwärtigkeiten führen kann!“ Es wird ausdrücklich ausgesprochen, daß der Verein sich auf Grund des Parteiprogramms konstituieren muß, daß die Vereine, indem sie begründet werden, auch anerkennen, daß sie die Bestimmungen, welche die Parteiorganisation vorschreibt, voll und ganz erfüllen wollen, daß sie auf Grund der Parteiorganisation als solche können betrachtet werden, die nicht würdig sind, der Partei anzugehören, wenn sie sich Verstöße gegen die Prinzipien der Partei zuschulden kommen lassen. Aber wie sind wir denn zu solcher Organisation gekommen?! — Ich will zugeben, daß, wenn wir in Deutschland einen Musterstaat hätten, wie wir ihn wünschen, die Vorlage für die Organisation anders ausgefallen wäre. Da wir aber in Deutschland sehr verschiedene Vereinsgesetze haben, so ist es notwendig, daß wir uns die bestehenden Gesetze näher ansehen, daß wir eine Organisation zu schaffen suchen, die diesen Gesetzen gegenüber möglichst geschützt ist; denn Sie wissen ja, daß in den meisten deutschen Ländern Gesetze bestehen, die nicht einmal liberal geschweige demokratisch genannt werden können. Deswegen hat man behauptet, es wäre eben diese einheitliche Organisation, wo keine Lokalvereine sind, gerade die beste Organisation, da sie das Einschreiten der Polizeibehörden auf Grund der Vereinsgesetze unmöglich mache.“ Meine Herren! Man hat sich in diesem Glauben viele Jahre lang gewiegt, in der ganz bestimmten Überzeugung, er sei richtig; aber die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß auch dies ein Irrtum, daß die Polizei selbst eine solche Organisation,

welche besagt, daß sie einen Verein über ganz Deutschland bilde, jederzeit auflösen kann, und daß die Behauptung der Unantastbarkeit einer solchen Organisation vor dem Scharfblick der heutigen Staatsanwälte aufrechtzuerhalten unmöglich ist. Meine Herren! Das königlich preußische Obertribunal zu Berlin hat unterm 27. Januar d. J. infolge einer Beschwerde des „Schleswig-Holsteinischen Wahlvereins“, der von der preußischen Behörde aufgelöst wurde, weil er nicht als ein Verein über das ganze Land zu betrachten sei, sondern aus verschiedenen Zweigvereinen bestünde, zu dessen Ungunsten entschieden.

Dieser „Schleswig-Holsteinische Wahlverein“ hatte ziemlich dieselbe Organisation wie der ehemalige Nationalverein und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, nur daß ein Präsident mit unumschränkter Gewalt nicht vorhanden war. Er betrachtete sich auch als ein einheitlicher Verein über ganz Schleswig-Holstein, dessen Mitglieder an den einzelnen Orten nicht als einzelne Vereine oder Zweigvereine angesehen werden könnten. Die Appellation ist von dem Vorstand durch alle Instanzen hindurchgetrieben worden, und die höchste Behörde hat in folgendem Sinne entschieden:

„1. Ein politischer Verein ist nur dann ein ‚Wahlverein‘ und als solcher von den für jene geltenden Beschränkungen befreit, wenn er lediglich in Beziehung auf konkrete anstehende Wahlen eine Wirksamkeit entfaltet.

2. Eine Vereinigung mehrerer, welche unter Leitung eines Geschäftsführers in örtlichen Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern bezweckt, ist ein selbständiger politischer Verein und verliert diese Eigenschaft auch nicht dadurch, daß sie im übrigen sich als Nebenverein eines anderweitig bestehenden Hauptvereins darstellt; vielmehr fällt dann gerade diese Verbindung unter das Verbot des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, §§ 8, 16, 21.“

Das also, meine Herren, ist die Entscheidung des königl. Obertribunals zu Berlin. Sie hören, daß in diesem „Schleswig-Holsteinischen Wahlverein“ von einem Geschäftsführer die Rede ist, und zwar hatte dieser dieselben Funktionen zu versehen, die der Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hat. Es liegt also auf der Hand, daß, wenn es der Polizeibehörde in den Sinn kommt, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufzulösen, und dieser Verein die Auflösung nicht gelten lassen will, sofort diese Entscheidung maßgebend ist. Das Gericht muß die Entscheidung des Obertribunals anerkennen und der Polizei das Recht der Auflösung zuerkennen. Warum die Polizei, die sonst dergleichen Winke beachtet, einen solchen Schritt bis jetzt noch nicht getan hat, obgleich sie das richterliche Recht für sich hat — das zu erklären überlasse ich andern! Daß sie es aber kann, unterliegt keinem Zweifel. Auf Grund dieses Beschlusses hängt die Existenz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der in Berlin, dem Sitz des Obertribunals, domiziliert ist, rein von der Gnade der preußischen Polizei ab — das unterliegt keinem Zweifel mehr. Ich glaube, meine Herren, daß wir keine Organisation gründen dürfen, die von der Gnade einer einzelnen Behörde abhängt; wir müssen vielmehr alles aufbieten, eine Organisation zu schaffen, welche angesichts der bestehenden reaktionären Gesetze möglich ist und uns vor Mißdeutung unserer Gegner sichert, damit man nicht ausspricht: Hier muß irgendeine Verbindung zwischen der leitenden Person der Partei und der Regierung existieren, sonst würde man nicht dulden, was nach der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes nicht zulässig ist. Deshalb haben wir uns genötigt

gesehen, neben der allgemeinen Parteiorganisation eine lokale Organisation zu begründen. Eine lokale Organisation kann den polizeilichen Schikanen in dem Maßstabe wie eine streng einheitliche Organisation nicht unterworfen sein. Ich will damit nicht sagen, daß man überhaupt uns nicht zu nahetreten könne, ich glaube sogar behaupten zu dürfen, daß man, wenn Sie diese Vorlage anerkennen, an vielen Orten uns Scherereien und Quengeleien genug machen wird; es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß man schärfer als bisher auf uns sieht, und zwar weil wir in unserem Programm klar und bestimmt eine Tendenz ausgesprochen haben, welche gewissen Kreisen nicht behagen wird und behagen kann. Aber man wird dann, wenn man einmal polizeilich auflöst, immer nur an einem Orte auflösen können, und man kann morgen wieder unter einem anderen Namen einen neuen Verein gründen; die Parteiorganisation bleibt bestehen, weil sie alles ausschließt, was den Schein einer Verbindung und Zusammengehörigkeit in den Augen der Polizei rechtfertigt. Wir können in Hamburg oder Leipzig zwar aufgelöst werden, aber wir können auch am nächsten Tage einen neuen Verein unter einem anderen Namen gründen, wohingegen, wie jetzt die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beschaffen ist, es eben nur eines Entschlusses in Berlin bedarf, und der Verein in ganz Deutschland ist tot!

Weiter! Nehmen Sie die Vereinsgesetze in Preußen, Sachsen, Österreich an — ich bin nicht vollständig unterrichtet, ich weiß nicht, ob überall Mitgliederlisten von der Polizei verlangt werden — in Preußen muß jeder Ort die Namen der Mitglieder einschicken. Bedenken Sie, meine Herren, bei einer solchen Organisation wie die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hat die Polizei für ganz Deutschland ein „schwarzes Buch“ in Händen; binnen zwei Stunden sind mittels telegraphischer Ordre alle Sozialdemokraten in ganz Deutschland beim Kragen gefaßt, denn die Namen liegen auf dem Berliner Polizeipräsidium deponiert. Die Partei hat selbst für das gesorgt, was die Polizei nach der Revolution von 1848 sich erst schaffen mußte, sie legte ja damals auch die berüchtigten „schwarzen Bücher“ an. Bisher hat der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein der Polizei diesen Liebesdienst freiwillig erwiesen, das wollen wir bleiben lassen. Nach der von uns vorgeschlagenen Organisation ist nur nötig anzugeben, wer im Ausschuß oder Komitee ist, und weiter wird nichts nötig sein. Den Vereinsgesetz-Bestimmungen in den einzelnen Staaten werden sich die lokalen Organisationen fügen müssen. Ich will, meine Herren, nicht behaupten, daß wir eine Organisationsvorlage entworfen haben, nach welcher uns die Behörde in keiner Weise etwas anhaben kann. Solange unsere jetzigen Vereinsgesetze noch existieren, werden wir keine Organisation schaffen können, die uns vor jeder Polizeischikane schützt; aber wir müssen eine Organisation schaffen, welche es der Polizei möglichst schwer macht, uns am Kragen zu fassen! —

Nun das Verhältnis der Partei zur Internationalen Arbeiter-Assoziation! Meine Herren, es liegen in bezug auf diesen Punkt mehrere Anträge vor. Hier kommt wieder nur das Eine in Betracht: unsere heutige bestehende Vereinsgesetzgebung! Wir können, wie die Vereinsgesetze in Deutschland beschaffen sind, uns der Internationalen nur in der Weise anschließen, wie es hier in der Vorlage gesagt ist: daß wir dieselbe in allen Punkten unterstützen werden, moralisch und materiell; aber wir können es nicht in vollem, uneingeschränktem Sinne, das würde uns als einen Zweigverein

der Internationalen erscheinen lassen. Ich habe einen Brief vom Generalrat der Internationalen in der Tasche, woraus hervorgeht, daß die Arbeiter in Frankreich es so gemacht haben, daß jede einzelne Person ihre Mitgliedskarte als direktes Mitglied vom Generalrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation entnahm. Die Arbeiter erklärten öffentlich: das Gesetz verbiete ihnen zwar, sich als Zweig der Internationalen zu versammeln und zu berathen, aber das Gesetz verbiete ihnen nicht, daß jeder sich direkt an den Generalrat der Internationalen wende und Mitglied würde. — Auch wir werden dafür sorgen müssen, daß jedem einzelnen Mitgliede der Partei Gelegenheit gegeben wird, sich eine Karte der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu verschaffen, wogegen er den betreffenden Jahresbeitrag zu zahlen hat. Ich glaube aber, daß eine endgültige Lösung dieser Frage sich wird finden lassen, wenn der Kongreß am Schlusse seiner Verhandlungen eine Kommission erwählt, welche den besten Weg ausfindig macht, auf welchem ein Anschluß an die Internationale möglich ist! (Bravo!)

Vorsitzender Geib: Es sind Anträge zu dem Entwurf der Organisationsvorlage vorhanden. Das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat im „Vorboten“ Nr. 7 eine Denkschrift für diesen Kongreß veröffentlicht. Ich bitte Herrn Scheu, sie zu verlesen.

Schriftführer Scheu liest:

In Erwägung:

daß die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und die künftige Gesellschaft überhaupt bieten, und auch die in ihren Kreisen herrschenden Fachkenntnisse festen Grund zu einer exakten Sozialwissenschaft legen helfen;

daß in dem gleichen Maße, als sich die Organisation der Gewerkschaften vollendet, die gemischten Vereine (wie z. B. der Allgemeine Deutsche Arbeiter- und der Arbeiter-Bildungsverein) ihre Existenzbedingung und, weil ihre initiative Mission erfüllt habend, ihre Existenzberechtigung verlieren;

daß aber den tatsächlichen Verhältnissen nicht vorgegriffen werden darf, die beiden Vereinsarten noch zeitweilig nebeneinander zu bestehen und zu gehen haben, bei einer gemeinsamen Organisation jedoch den gemischten Arbeitervereinen durchaus keine Anhaltspunkte zu starrem Festhalten ihrer Stellung geboten werden dürfen, dagegen der Entwicklung der Gewerkschaften alle Erleichterungen verschafft werden müssen;

daß man es bei bevorstehender Parteiorganisation überdies mit verschiedenartigen, sowohl in politischer als in sozialistischer Beziehung, sehr ungleichmäßig entwickelten Arbeiterelementen und zwar je nachdem in dem einen und andern Lande mehr politische Freiheit geboten und das Kleingewerke noch vorherrschend ist, zu tun hat;

daß ferner gewissenlose, selbstsüchtige Führer die Arbeiter verschiedener Kreise auf schlechten Wegen in die Lüge- und Verleumdungsschule geführt und, den Hauptfeind vergessen lehrend, gegen ihre Genossen und natürlichen Freunde gehetzt haben; und daß nur die Zeit die übliche Frucht solcher Unkrautssaat völlig ausmerzen kann;

daß, abgesehen von den hierdurch hervorgerufenen gegenseitigen Gehässigkeiten, die leider durch ihre längere Dauer gleichsam die Heiligkeit

der Tradition und Gewohnheit erhielten, die beiden größten Arbeitervereinsgruppen, in politisch-demokratischer und sozialistisch-ökonomischer Beziehung, eine einseitig prinzipiell nicht ganz übereinstimmende Schulung und Erziehung genäßen und daher durch keinerlei Organisationsform von heute auf morgen eine gründliche innerliche Verschmelzung zu erwarten steht;

daß die ungleichmäßigen und dabei noch sehr beschränkten Vereinsgesetze der verschiedenen Staaten Deutschlands der Einheiligkeit und Gleichmäßigkeit und somit einer einfachen und gründlichen Organisation noch arg im Wege stehen;

daß die Arbeiterbewegung, als Produkt der sozial-ökonomischen Zustände, vermöge ihrer Organisation befähigt sein muß, mit der Entwicklung und Umgestaltung dieser Zustände immer und überall gleichen Schritt zu halten;

daß die Organisation vorläufig hauptsächlich auf systematische Propaganda sozialistisch-demokratischer Grundsätze abzielen und die Volksmassen durch allgemeine Erkenntnis der Sache zum gemeinsamen Verständnis des Handelns zu bringen hat, und

daß endlich, in Erwägung all dieser Gründe, die beabsichtigte Parteiorganisation keine definitive Form annehmen darf, sondern einen transitorischen, stets entwicklungsfähigen Charakter bewahren und vor allem möglichst der Ausdruck der Meinung und des Willens der Gesamtheit der zu vereinigenden Arbeitergruppen sein muß, stellt das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache folgende Anträge:

1. Der Kongreß möge eine Verfassungskommission von etwa 15 Mitgliedern aus dem Schoße der Gesamtpartei ernennen und dieser Kommission bei ihrer Arbeit die nähere Prüfung der untenstehenden Sätze zur Aufnahme in den Verfassungsentwurf empfehlen:

a) Die gemischten, d. h. aus Leuten der verschiedensten Gewerkszweige und Lebensstellungen zusammengesetzten Vereine behalten, solange es die gemeinsamen und besonderen Interessen erheischen und die Umstände es ermöglichen, ihre bisherige Organisation.

b) Die Gewerkschaften, die Grundbestandteile der Parteiorganisation bildend, haben stetsfort, indem sie sich mit ihren Fachgenossen aller Länder über ihre speziellen Berufsinteressen verständigen, besondere Zentralsitze gründen, eine internationale Tendenz zu befolgen, dabei jedoch stets ihre Bestrebungen mit den Zwecken der allgemeinen internationalen Regenerationspartei in Übereinstimmung zu bringen.

c) Zur Herstellung eines organischen, alle einseitigen Richtungen verhütenden Wechselverkehrs, zur Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen bilden die Gewerkschaften der verschiedensten Art in Verbindung mit den gemischten Arbeitervereinen der einen und selben Stadt eine gemeinschaftliche, aus Delegierten aller Vereine und Gewerkschaften zusammengesetzte Behörde, die sich ihrerseits nach einem besonderen Reglement, in Kommissionen sich teilend, geschäftsmäßig konstituiert.

d) Die Lokalbehörden sind einer von den Gewerkschaften und gemischten Vereinen aller Orte in Urversammlungen gewählten nationalen Zentralbehörde, welcher die intellektuelle und materielle Gesamtleitung und -verwaltung politischer und ökonomischer Art anvertraut ist, untergeordnet.

e) Die internationalen Zentralsitze (sub b) der respektiven Gewerkschaften, welche vornehmlich die Besorgung gewerkschaftlicher Geschäfte übertragen ist, haben sich in allen politischen und allgemeinen sozial-ökonomischen Angelegenheiten an die allein damit beauftragten nationalen Zentralbehörden zu wenden.

f) Der Wirkungskreis einer nationalen Zentralbehörde wird nicht durch Staatsgrenzen beschränkt, sondern dehnt sich nach dem Gebrauch der resp. Sprache aus.

g) Jede nationale Zentralbehörde hat (um die sozialistisch-demokratische Partei in ein organisches Ganze zu verschmelzen) mit dem betreffenden Zentralkomitee der Internationalen Arbeiter-Assoziation ihrer Sprache zu verkehren und wird letzteres Zentralkomitee seinerseits den Geschäftsverkehr mit dem Generalrat besagter Assoziation, als dem Mittelpunkt und der obersten Behörde der Arbeiterklasse aller Länder, vermitteln und den Gewerkschaften zu ihren Verbindungen nach außen behilflich sein.

h) Die Feststellung von Rechten und Pflichten der Gewerkschaften und gemischten Vereine in ihrer Beziehung zur Internationalen Arbeiter-Assoziation bleibt einer besondern gegenseitigen Übereinkunft vorbehalten.

i) Die Vereinsverfassung kann (vorzusehenden Bestimmungen gemäß) jederzeit abgeändert und mit neuen Zusätzen vermehrt werden. Im übrigen ist der Verfassungskommission zu empfehlen, auf die von Karl Hirsch vorgeschlagene Vereinsorganisation möglichst Bedacht zu nehmen.

2. Der Kongreß möge einen Ausschuß von 5 bis 7 Mitgliedern erwählen, dem provisorisch bis zur Annahme der Verfassung und förmlichen Konstituierung des Parteivereins die Funktionen der sub d bezeichneten nationalen Zentralbehörde übertragen werden.

3. Der Kongreß möge der im Antrag I erwähnten Verfassungskommission zur Vollendung ihrer Arbeit eine bestimmte Frist von spätestens 2 Monaten stellen und dieselbe anweisen, alle Vorschläge zum Verfassungsentwurf, die ihr von den hierzu öffentlich aufgeforderten Arbeiterkreisen eingehen, angemessen in Betracht zu ziehen.

4. Der Kongreß möge beschließen, den Verfassungsentwurf in besonderem Drucke zu veröffentlichen und ihn allen bis dahin beigetretenen Vereinen zur Prüfung vorzulegen und dieselben aufzufordern, etwaige Abänderungsvorschläge im Verlaufe von weitem 6 Wochen der Verfassungskommission einzusenden. Ferner die Verfassungskommission zu beauftragen, diese Vorschläge ebenfalls zu veröffentlichen und dann nach zwei Wochen auf einen bestimmten Tag allerorts den Urversammlungen das Ganze zur Annahme oder Verwerfung zu unterbreiten.

5. Vierzehn Tage nach Annahme und Proklamierung der Verfassung ebenfalls in Urversammlungen die Behördewahlen vorzunehmen und die Konstituierung des Vereins zu vollenden.

6. Im Falle der Verwerfung der Verfassung in eben diesen Urversammlungen die Wahl einer neuen Verfassungskommission anzuordnen und dann wiederum nach den obigen Anträgen 3, 4 und 5 zu verfahren.

7. Den Verein „Allgemeiner Deutscher sozialistisch-demokratischer Arbeiterverein“ „Bestandteil der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, zu nennen.

8. Sofort zur Gründung eines vorerst jede Woche einmal erscheinenden Zeitungsorganes zu schreiten, ihm den Titel: „Der Volksstaat, Organ der sozialistisch-demokratischen Partei“ zu geben und es als Gemeingut des Vereins zu erklären.

9. Der Kongreß möge eine Redaktionskommission mit dem Auftrage ernennen, zwei Proklamationen zu verfassen: die eine an das Proletariat wesentlicher Schriftarbeit, besonders die Lehrer, und die andere an das landwirtschaftliche Proletariat, um beiden Klassentellen in brüderlicher Weise einen guten Anstoß zu geben, sich in Fachabteilungen zu gruppieren und tatsächlich und förmlich den allgemeinen Regenerationsbestrebungen anzuschließen.

Genf, den 20. Juli 1869.

Das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache:

Joh. Ph. Becker, Präsident, Th. Remy, Sekretär,

Kanneberg, Kassierer,

W. Rau, L. Weiß, E. Jährig, Balz, Fries, Klem, J. Berger.

Vorsitzender Geib: Es liegen noch einige Anträge vor:

1. „Als Programm ist das des Internationalen Bundes anzunehmen.“

2. „Nach II einen Paragraphen einzuschalten: Der Verein bequemt sich den in Preußen bestehenden Gesetzen über das Versammlungs- und Vereinsrecht an. Er überläßt freien Ortsversammlungen aller Parteigenossen die Beschickung der Kongresse der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Rittinghausen.

3. Zu III: „Den betreffenden Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.“

Becker (Hamburg).

4. „Republikanischer Staat“ zu setzen anstatt „demokratischer Staat“.

Löwenstein.

Ferner sind einige Telegramme eingelaufen:

Bewerkstelligt ohne Rücksicht auf Personen die Einigkeit der Partei!
Hoch die Arbeiter! Arbeiter Wiens. (Bravo!)

Hoch die internationale Arbeiter-Assoziation! Nieder mit den falschen Freunden, die uns spalten wollen! Arbeiter von Wiener-Neustadt. (Bravo!)

Frisch auf, ihr Kämpfer! Vereinigt euch, die ihr gleiche Ziele habt, zu einer großen, gewaltigen Partei! Nichts darf uns ferner trennen!

„Siegen oder untergehen!“ ist unser Schlachtruf!

Die Arbeiter der Elisabeth-Bahn in Wien. (Bravo!)

Rüdt (Heidelberg): Meine Herren! Sie werden mir erlauben, daß ich als Delegierter von Worms, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim mich in kurzen Worten aussprechen darf. Ich bin von diesen Städten mit zwei Vollmachten abgegangen, die mich binden, nach denen ich mich hier aussprechen soll für die bestehende Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Zwei andere Städte haben mir nur die Vollmacht gegeben, daß ich die Parteien, die sich bis jetzt gegenübergestanden haben, einigen helfen soll. Ich bin nun zu folgendem Entschluß hierüber gekommen: Den Mandanten der beiden Vollmachten, die mich nicht binden,

sondern mir meine freie Willensäußerung lassen, werde ich sagen: Ich habe mich dem heute hier tagenden Kongreß in der Weise angeschlossen, daß ich von der Zentralisation, wie sie im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bisher bestand, abgehe, und mich der hier zu schaffenden Organisation vollständig anschließe. Ich bin zu diesem Entschluß gekommen, weil ich mich nicht erst seit gestern, sondern seit Wochen überzeugt habe, daß die Zentralisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht beibehalten wird, um die Mitglieder des Vereins zusammenzuhalten, sondern um den imperialistischen Gelüsten eines Mannes zu dienen, damit dieser blinde Werkzeuge seiner Herrschaft in der Hand hat. Gestern sind meine letzten Zweifel gefallen. Zu diesem Kongreß hat auch Herr v. Schweitzer seine Delegierten gesandt, wie man noch vermuten konnte, um eine Einigung der Arbeiter herbeizuführen. Gestern hat sich aber jeder überzeugen müssen, daß eine solche Einigung von Schweitzer und seinen Vertretern nicht betrieben ward, sondern daß der Wunsch nach Einheit von ihnen nur geheuchelt worden ist. Das ist uns jetzt gewiß allen klargeworden, nachdem die Anhänger Schweitzers sich so betragen haben, daß an ein weiteres Zusammengehen mit diesen Leuten nicht zu denken ist.

Ich glaube daher, daß ich nach allen Seiten gerechtfertigt bin, wenn ich mich von einem Verein lossage, der nicht die Einigkeit der Arbeiterpartei, sondern deren Zugrunderichtung bezweckt. Was aber die Mandate von Worms und Mannheim betrifft, nach welchen ich an der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins festhalten soll, so kann ich das nicht mehr mit meinem Gewissen vereinigen, weil diese Organisation bisher nur dem Dr. Schweitzer genutzt hat und nicht den deutschen Arbeitern! Ich werde meinen Mandatgebern meine Ansicht mitteilen und ihnen dann überlassen, ob sie mich für einen Verräter oder für einen ehrlichen Mann halten! (Bravo!)

Hirsch (Winkel) empfiehlt die Vorlage. „Die ganze Partei kann nach der Vorlage niemals aufgelöst werden, sondern höchstens einzelne Vereine; deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie dieselbe an, damit wir endlich einmal weiterkommen, damit wir endlich eine Organisation schaffen, die alle sozialdemokratischen Elemente unter einen Hut bringt. Daß die ganze Parteileitung in die Hand eines Ausschusses gelegt werden soll, ist das Zweckmäßigste. Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein waren die Mitglieder bloß dazu da, am Lenkseil eines einzelnen geleitet zu werden. Wenn dieser die Hand hochhob, mußten sie die Hand mit aufheben, und wer es nicht tat, wurde Verräter geschimpft. Nun, ich bin jetzt wenigstens gerechtfertigt. Wenn ich vom Jahre 1867 ab dem Präsidenten Schweitzer Opposition gemacht habe, so geschah es, weil ich ihn in Privatgesprächen genugsam belauscht und aus seinem Wirken erkannt hatte. Es muß nach solchen Erfahrungen unser Bestreben sein, die Macht der Partei nicht mehr in die Hand einer Person zu legen, sondern einen Ausschuß an die Spitze zu setzen, der aus mehreren bewährten Personen besteht! (Bravo.)

Schilling (Leipzig): Ich begrüße den Tag des heutigen Kongresses als den schönsten meines ganzen Lebens! Ich habe wahrgenommen, was Sie alle erkannten: die Uneinigkeit war der größte Fluch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Endlich ist der Tag gekommen, wo die Einigkeit unter den deutschen Arbeitern hergestellt wird! — Dem vorliegenden Programm kann ich um so mehr beistimmen, weil nach ihm die

Existenz von Lokalvereinen ermöglicht und somit den einzelnen gestattet ist, sich frei zu bewegen. Ich bitte Sie, das Programm im großen und ganzen anzunehmen.

Ellner (Koblenz): Ein jeder denkende Mensch muß sich selbst sagen, daß etwas geschaffen werden muß, um die Interessen der deutschen Arbeiter in jeder Beziehung und nach jeder Richtung hin zu wahren. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die einheitliche Organisation, geschaffen von Ferdinand Lassalle, die beste ist, die es überhaupt nur gibt — allerdings unter gewissen Voraussetzungen. Diese Organisation hatte den Vorzug, über ganz Deutschland ausgebreitet zu sein. Schon für andere Körperschaften hatte sie sich bewährt, und Lassalle hat sie so weit entwickelt, daß damit die Arbeiter zur Erkenntnis gebracht wurden. Nur setzt sie einen ehrlichen Führer voraus. Es gilt jetzt, einen Mann an der Spitze zu haben, der ein Lassalle wäre, der sein Wissen sowohl als auch seine Ehrlichkeit hätte — dann wäre diese Organisation noch immer die beste. Daß Schweitzer nicht ein ehrlicher Mann ist wie Lassalle, das ist doch kein Grund, von der Organisation abzugehen. Wir wollen annehmen, es gibt gar keinen Mann, der die Sache der Partei so führt, wie sie geführt werden muß — nun gut, so schaffen wir Statuten wie in Barmen-Elberfeld, und dann wird der unwürdige Führer über den Haufen geworfen. — Und wenn man nach der hiesigen Vorlage meint, die Behörden könnten bloß einzelnen Vereinen beikommen, so kann ich dem nicht beistimmen. So gut die Auflösung von einzelnen Vereinen erfolgen kann, ebensogut könnte auch eine Massenauflösung erfolgen, wenn die Vereine sich überall hinstellen und verlangen, was ein demokratischer Verein verlangen soll: Gleiche Rechte und Pflichten für alle. Ein Ausschuß wie der, den man hier schaffen will, hat ja gar keine Kontrolle, kann ja gar nicht befehlen. Wir brauchen eine starke Führung. Darum gebe man dem einzelnen an der Spitze die Diktatur; aber er muß sie ehrlich handhaben, dann ist eine solche Organisation die beste.

Klees (Buckau): Ich konstatiere zunächst die Richtigkeit des von Herrn Babel erwähnten Obertribunal-Beschlusses; er existiert, und ich bin als früherer Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angeklagt worden, weil ich kein Mitgliederverzeichnis und Statut eingereicht habe. Ferner wollte ich eine Resolution fassen lassen in betreff des Lohnbeschlagengesetzes. Auch deshalb ist die Untersuchung gegen mich eröffnet worden, und am 17. September habe ich mündliche Verhandlung.

Wir sind hierhergekommen, um für die Arbeiter einen Verein mit wirklich demokratischer Verfassung zu schaffen; denn als Vorschule für den Staat, den wir schaffen wollen, müssen wir zunächst einen demokratischen Verein schaffen, und einer demokratischen Organisation wird sich jeder ehrliche Arbeiter fügen. In betreff des von Ellner befürworteten Ausbaues der Lassalleschen Statuten meine ich, das wäre nur unnützer Zeitverlust; wir würden dann wieder fünf Jahre bauen und nicht weiterkommen.

Rüdt: Ich möchte beantragen, daß die Stimmen festgestellt werden, welche die Delegierten mehrerer Orte haben sollen; und ferner möchte ich der Versammlung die Frage anheimgeben, ob die Mitglieder des Ausschusses nicht besser im Kongreß zu wählen wären?

Aron (Berlin): Ich werde für die Vorlage stimmen und begrüße das Programm, weil es darauf hinzielt, daß die Arbeiterbewegung in eine

Richtung hineinkommt, wo der Arbeiter nicht lediglich momentane Vorteile, wie z. B. eine Lohnerhöhung, ins Auge faßt. Wir sehen, wie die Mitglieder der Schweitzerschen Gewerkvereine durch solch einseitige Agitationen fanatisiert und gegen die Sozialdemokratie ins Feuer geführt werden. Wenn wir die Gewerksgenossenschaftsfrage nicht energisch in die Hand nehmen, so laufen wir Gefahr, immer in der Minorität zu bleiben. Da, wo die Gewerksgenossenschaften neutral stehen, wie z. B. die der Buchbinder, da können sie beraten, wie sie verfahren wollen; wo das aber nicht der Fall ist, da steht die Sache für den Arbeiter sehr schlimm; da ist er in Gefahr, als Werkzeug für reaktionäre Zwecke verwandt zu werden. — Eine kleine Anzahl von spezifischen Lassalleanern ist vor kurzem in Berlin aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgetreten, weil, wie einer meiner Wähler — denn auch sie haben mir ein Mandat gegeben — sich ausdrückte, sie nicht mehr dazu helfen können, daß man den Arbeiter herabstoße und sich mit Schweitzer in dem Hinnein herumwälzen lasse, sondern weil sie wollen, daß man den Arbeiter hinaufziehe. Darum sind sie ausgetreten. Bisher konnten sie sich nicht losmachen von der Idee, daß die Lassallesche Organisation die beste sei zur Aktion. Ich habe mich mit jenen Leuten nicht ganz vereinigen können, es sind neun Mann; sie sagen aber, daß sie sich dem Kongresse fügen und mich ermächtigen, meine Stimme für sie abzugeben; sie schlagen vor, daß die Vorlage des Internationalen abgelehnt werde. Ich entledige mich also hiermit meines Auftrages.

Eilner (Koblenz): Die Gewerksgenossenschaften waren nur ein Köder für die Arbeiter, um sie zur Sozialdemokratie herüberzuziehen.

Fritzsche (Berlin) beantragt: Tatsächliche Berichtigungen sind nur am Schluß der Debatte vorzubringen.

Metzner (Berlin): Ich finde diesen Antrag bedenklich, indem sonst häufig viel umsonst gesprochen würde.

Vorsitzender Geib: Auch ich halte dafür, daß es in der Ordnung ist, tatsächliche Berichtigungen sogleich anzubringen; nur möchte ich wünschen, daß die Berichtigungen auch wirklich tatsächliche bleiben.

Metzner: Ich kann mich nur mit dem Referenten einverstanden erklären. Ich bin entschieden dagegen, daß man auf eine Organisation zurückgreife, wie sie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hat. Es ist unrichtig, alles, was in diesem Verein Schlimmes geschehen, nur auf einen Mann zurückzuführen. Dieses Schlimme ist aus der Organisation hervorgegangen, und wir müssen daher eine andere Organisation haben. Wenn gesagt worden ist, es könne nach der sogenannten Lassalleschen Organisation leicht und schnell dirigiert werden, so will ich das bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, und gerade der gestrige Tag hat einen Beweis gegeben, wie die Mitglieder dirigiert werden können und dirigiert worden sind! Daß sie so dirigiert werden können, ist traurig, und liegt daran, daß man die Mitglieder nicht zu freien selbständigen Menschen erzogen hat, sondern zu blinden Werkzeugen! Geben Sie nicht mehr bloß den Personen schuld — diese haben wohl zum Teil die Organisation gemißbraucht, aber in der Organisation selbst liegt der Mißbrauch begründet. Der Präsident hat durch dieselbe die vollständigste diktatorische Gewalt; er kann nach einem Passus im Statut, vorbehaltlich der in drei Monaten einzuholenden Genehmigung des Vorstandes, alle Anordnungen treffen! — Meine Herren!

Vergegenwärtigen Sie sich die Tragweite eines solchen Paragraphen! Wenn nach drei Monaten die Handlungsweise des Präsidenten vom Vorstande nicht genehmigt wird — was ist dann? Man hat dann einfach die betreffende Anordnung des Präsidenten desavouiert, aber die Folgen sind schon lange eingetreten! Die Möglichkeit einer bessern Organisation erblicke ich in der Vorlage! (Sehr richtig! Bravo!)

Vorsitzender Geib (verliest folgende eingetroffene Depeschen):

Hoch die Organisation Lassalles! Hoch v. Schweitzer!
Nieder mit den Verrätern!

Der Ausschuß der Manufakturarbeiter zu Hannover.

(Heiterkeit über das an die falsche Adresse gelangte Telegramm.)

Brüder haltet fest an Wahrheit und Recht!
Wahrheit muß siegen! Hoch die Sozialdemokratie!

Geffers in Woltenbüttel.

(Bravo!)

Es lebe der sozialdemokratische Arbeiterkongreß!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Mitgliederversammlungs-Majorität in Celle.

Müller, Lütze, Hing.

(Bravo!)

Taute (Leipzig): Bevor ich auf die Sache selbst eingehe, muß ich einige Worte vorausschicken. Was mich schon zum Teil unangenehm berührt hat, ist, daß ein Teil der Redner zu speziell auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zurückgreift, und daß man sich zu wenig mit der Vorlage beschäftigt; letzteres ist nach meinem Dafürhalten die Hauptsache. — Meine Herren! Ich bin von den Leipziger Mitgliedern des Internationalen Arbeiterbundes beauftragt, nur im Sinne der Internationalen zu wirken, das Programm derselben zu befürworten und den Anschluß an sie zu empfehlen. Man hat zwar gesagt, daß es in Deutschland nicht möglich sei, sich endgültig der Internationalen anzuschließen, weil die Polizeigesetze dem entgegenstehen. Ich frage aber, warum man uns die Polizeigesetze immer vorhält? Die einzelnen Mitglieder können sich ja immer noch anschließen, wenn man uns auflöst! Wenn wir schließlich als einzelne Individuen erklären sollen, daß wir uns der Internationalen anschließen, dann können wir es auch als Gesamtheit gleich von vornherein tun! (Bravo!)

Spier: Ich halte es für sehr vorteilhaft, daß wenigstens einige Herren hier sind, die noch Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sind, und die gerade die Organisation dieses Vereins hervorheben, um zu zeigen, ob seine Organisation noch den Anforderungen entspricht, welche wir an eine sozialdemokratische Vereinigung stellen müssen. Ich will nur noch bemerken, daß die Organisation, die Lassalle empfohlen — nicht geschaffen — hat, gar nicht mehr existiert, daß sie schon mehrfach von den Generalversammlungen umgeändert wurde; daß auch die sogenannten Original-Organisationen, welche Schweitzer jetzt nach Umstoßung der in Barmen-Elberfeld gefaßten Beschlüsse aus dem Jahre 1863 hervorgeholt hat, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Diese Organisation ist gut nach unten hin: Die Mitglieder können rasch dirigiert werden, aber schlecht

in betreff einer strammen Kontrolle nach oben hin: Die Präsidenten können geradezu machen, was sie wollen! Denn eine Organisation, die es dem Präsidenten ermöglicht, seine Absichten, sein Vorhaben erst innerhalb dreier Monate dem Vorstande, der über ganz Deutschland zerstreut ist, kundzugeben — ist das nicht die reinste Diktatur! Eine Kontrolle des Präsidenten ist geradezu unmöglich bei einem Vorstande, der über 24 Orten innerhalb Deutschlands zerstreut ist, zumal wenn der Präsident das Recht hat, seine Beschlüsse erst nach 3 Monaten an den Vorstand einzuschicken. Und nun bedenken Sie, wie der jetzige Präsident auch die öffentliche Meinung in der Partei, und zwar dadurch in der Hand hat, daß er auch über das Parteiorgan unbeschränkt verfügt. Ich sage unbeschränkt: denn kaum war das Präsidium in die Hände Schweitzers gelegt, so hatte er nichts Eiligeres zu tun, als Herrn v. Hofstetten aus der Redaktion des „Sozialdemokrat“ hinauszubugsiieren, damit auch gar keine Kontrolle möglich sei. Darum haben wir die reinste Willkür im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehabt, und diese Willkür hat alle denkenden Mitglieder verletzt. Schweitzer benutzte seine Diktatur, um gegen jede Verbindung der Mitglieder mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation und den übrigen Fraktionen der Arbeiterpartei mit allen Mitteln zu arbeiten. Die scheinbare Verbindung mit Hatzfeldt-Mende war ihm nur ein Vorwand zur Wiederaufrichtung seiner in Barmen erschütterten Diktatur. In unserer Vorlage ist die schwierige Frage, die Grenzlinie zwischen persönlicher Freiheit und der Notwendigkeit der Zentralisation zu ziehen, richtig gelöst. Die Mitgliedschaft der Internationalen wird dadurch ermöglicht, daß von seiten des Generalkrats in London Karten ausgegeben werden zu einem Jahresbeitrage von einem Silbergroschen.

(Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird verworfen, dagegen ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.)

Ellner (Koblenz) verteidigt die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Nippold: Meine Vorredner haben zum Teil den Wald vor lauter Bäumen nicht gesehen! Der Zweck des Kongresses ist die Herstellung einer Partei und nicht eines Vereins! Die Partei wird derartig konstituiert, daß jeder Ort erklärt: „Wir sind Sozialdemokraten!“ In der Schweiz besteht schon eine solche Organisation, ohne daß ein einzelner an der Spitze steht. Es liegt in der Natur eines jeden Präsidenten, die Macht auszubeuten, die er besitzt. Sie sehen es an Napoleon, wie er die Gewalt mißbrauchte und den Staatsstreich vollführte. Nach unserm Entwurf wird die Partei in vollstem Maße für alle Kämpfe auf dem Boden der Sozialdemokratie befähigt. Ich bitte die Vorlage so anzunehmen, wie sie ist!

York (Harburg): Es ist mir, der ich die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mitgeschaffen habe, höchst unangenehm, wenn ich höre, daß man mit Mißachtung von dieser Organisation spricht deshalb, weil sie von gewissen Personen gemißbraucht worden ist. — Meine Herren! Zu der Zeit, als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, war es notwendig, eine derartige Organisation zu schaffen, welche den Arbeiter aus der politischen Versumpfung herausriß, in der er versunken war. Heute ist es etwas anders! Es ist, und zwar wesentlich durch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, eine selbständige Arbeiterpartei geschaffen worden; die damalige Arbeitervereine, die noch nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms standen, sind durch den

Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein dazu gedrängt worden, und das ist das Verdienst, welches der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hat. Die Frage ist nun die: Ob die Entwicklung der Partei bereits so weit gediehen ist, daß man die stramme Zentralisation ganz verlassen und sich in einzelne Vereine auflösen kann, ohne dem Großen und Ganzen zu schaden? Ich beantworte diese Frage mit Nein! Aber das soll ja auch nicht geschehen; das wäre eine falsche Auffassung unserer Vorlage. Ich würde sofort wieder Front machen, sobald ich sähe, daß die jetzige Bewegung darauf hinausliefe. Es ist notwendig, die Zentralisation der Partei durchzuführen, und ich werde deshalb alle Amendements, die eine festere Verbindung der Lokalvereine befürworten, so viel wie möglich unterstützen, denn wenn der eine Verein dies und der andere jenes will, so würde es uns gerade so ergehen wie den Bildungsvereinen und dem Nationalverein. Ich bin also dafür, die sozialdemokratische Partei zu zentralisieren und nicht zu zersplittern! (Bravo.)

Mühlwasser: Meine Herren! Vorerst will ich im allgemeinen einen Punkt berühren, den Sie aus Unkenntnis der Verhältnisse Österreichs ganz außer acht gelassen haben. Ich möchte Sie vor allem ersuchen, meinen Antrag, welcher lautet: „Es möge nicht nur an die Bauern und an die Arbeiter der Feder, sondern, wenn nicht für Deutschland, so doch speziell für Österreich, an die Nationalitäten ein Aufruf ergen“, zu unterstützen. Die Nationalitätenfrage hat Österreich an den Rand des Abgrundes gebracht, und speziell für uns ist es eine Lebensfrage, die slawische Partei zu gewinnen, da diese sonst einmal der Sozialdemokratie entgegentreten dürfte. Jedenfalls wird sie es tun, wenn nichts von unserer Seite geschieht. Ich stelle also den Antrag, einen Aufruf zu erlassen an die Bauern usw., mittels dessen man sie zur Beteiligung an unserer Bewegung auffordert.

Wenn Herr Ellner gesagt hat, daß manchmal eine Diktatur nötig sei, so muß ich demgegenüber sagen: Ich weise die Diktatur zurück, mag sie von einem Verein oder von einem einzelnen geübt werden. Die Geschichte hat bewiesen, daß kein Mensch je eine Diktatur ausgeübt hat, ohne von der Diktatur zur Tyrannei zu gelangen, und ich stelle den Antrag zu III, daß „republikanische Staatsform“ gesetzt werde. Offenheit und Ehrlichkeit ist das Beste; die Österreicher schließen sich dem an!

Scheu: Mühlwasser hat gesagt, daß ein Teil der slawischen Partei den Sozialdemokraten gegenüberstehe, wenn die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet wird. Ich möchte hierzu nur bemerken, daß wir in Wien, wo es mehr Tschechen unter den Arbeitern gibt als in Brünn, bisher kein Mißverhältnis, sondern die größte Einigkeit unter den Arbeitern gehabt haben. Ich muß mich auch gegen die Bezeichnung „republikanisch“ aussprechen; die Verhältnisse in Österreich sind nicht darnach, um jetzt schon dieses Wort geraten erscheinen zu lassen.

Mühlwasser: Ich will in aller Freundschaft eine Aufklärung geben. Ich lebe speziell unter einer gemischten Bevölkerung, und wenn uns Scheu sagt, es herrsche Einigkeit unter derselben, so sage ich ja! Aber ich weiß, daß sie über Nacht zusammenbrechen kann, wenn einmal die slawische Opposition anfängt, gegen uns vorzugehen. Ich weiß recht gut, daß es hochverrätherisch wäre zu sagen, wir streben die Republik an, aber wir streben sie ja nur für die Zukunft an!

(Der Schluß der Debatte ist beantragt; die Abstimmung darüber ist zweifelhaft, es wird daher weiterdebattiert.)

Greulich (Zürich): Wir haben in Europa unter anderen zwei sehr verschiedene Staaten. Der eine, mit einer großen Menschenmasse und einer Monarchie, ist Rußland, und der andere, der sehr klein ist, aber eine Konföderation bildet, ist die Schweiz. Nun, welches Land hat wohl mehr auf die Entwicklung seines Volkes hingewirkt, das große Rußland oder die kleine Schweiz?! — Frankreich war so schön organisiert durch Napoleon und doch wurde es geschlagen von dem erwachenden Menschengefühl des deutschen Volkes. Ich glaube, man mag Real- oder Idealpolitik treiben, so können wir uns unmöglich sagen, die Selbstbestimmung sei nicht in der Lage, etwas Gutes zu wirken. Das republikanische Bewußtsein der Masse, nicht einem Befehl zu stehen, gibt einen größeren Zusammenhalt als die mögliche Zentralisation. Sehen Sie den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an! — er ist zerfallen, weil seine Organisation nicht naturgemäß war — die anderen Vereine dagegen, die diese Zentralisation nicht hatten, sind gestiegen!

Ich meine, dieser einzige Beweis sei sprechend genug. Nach meiner Erfahrung in der Schweiz bin ich ganz für die Vorlage und kann wohl sagen, daß die dortigen deutschen Arbeiter sich dieser Organisation anschließen werden, wie denn diese Organisation auch den österreichischen Arbeitern den Eintritt ermöglicht, so daß im wahren Sinn eine deutsch-nationale Vereinigung zustande kommen kann. Ich bitte daher, stimmen Sie ohne viel weitere Redensarten für die ganze Vorlage. Ich habe auch eine Menge Abänderungen zu beantragen, aber in der Hauptsache freut es mich, daß auf Grund eines durch und durch republikanischen Programms eine Einigung erzielt werden soll.

Reichert (Hannover) zur tatsächlichen Berichtigung: Daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dem Zeitgeiste entgegen sei, muß ich entschieden bestritten.

Vorsitzender Geib: Dies ist eine Ansicht und keine tatsächliche Berichtigung.

Salm (Erlurt) beantragt, fortan die Redner nur immer 5 Minuten sprechen zu lassen: dies wird angenommen.

Schrader (Lüneburg): Ich muß bemerken, daß seit Bestehen der Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Lüneburg, also seit etwa 1½ Jahren, dort nichts weiter geschehen ist, als Aufhetereien der Arbeiter gegeneinander, Schuster gegen Tischler, Handwerker gegen Handwerker! Weiter ist nichts vorgenommen worden, und auch noch nicht eine Spur von dem Prinzip weiß der Arbeiter — das muß ich hier offen gestehen!

Seifert (Leipzig): Wenn ich mich über das Programm aussprechen soll, so muß ich sagen, es ist etwas zu lang; es sind einzelne Punkte darin enthalten, die ebensogut herausbleiben können, um das Statut nicht allzu umfangreich zu machen. — Es ist selbstverständlich, daß wir den sozialdemokratischen Staat anstreben und auch eine Organisation begründen wollen. Wir brauchten in der Tat gar keine Partei zu bilden und auch gar keinen Verein, wenn wir nur Garantie dafür hätten, daß die Männer, die das Blatt redigieren, auch das Prinzip richtig vertreten! — Für die Gewerkschaften kann ich auch jetzt noch nicht bedingungslos sprechen, weil bis jetzt die Gewerkschaften nur dazu beitragen, die Eigenliebe und den Egoismus der einzelnen zu ködern.

Zwei Depeschen aus Mainz werden verlesen:

Vergesst Produktivgenossenschaften nicht. Mandat: Leyendecker und Rüdert vertreten 72 Stimmen.

Gewerkversammlung der Holzarbeiter: Mainz.

Maurerversammlung Mainz. 110 Stimmen. Zierfuß soll 53, Röhl 57 vertreten. Vollmachten folgen.

Der Bevollmächtigte: Bürger.

Leyendecker (Mainz): Wir haben im Laufe der Jahre erfahren, wie schädlich die Diktatur gewirkt hat, und ich empfehle daher das vorliegende Programm, weil die Diktatur daraus verbannt ist. Einem Sozialdemokraten tut die Diktatur weh, namentlich wenn sie von einem verkappten Reaktionsär ausgeübt wird! Wir haben außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die besten, würdigsten Elemente, und wir können uns gratulieren, daß wir heute solche Leute zu den Unserigen zählen können!

Schluß der Generaldebatte wird angenommen, desgleichen Pause von 13 Uhr bis 14.30 Uhr.

Nachmittagsitzung

Wiedereröffnung gegen 15 Uhr durch den Vorsitzenden Geib.

Vorsitzender Geib: Es handelt sich jetzt darum, ob wir die Vorschläge der Internationalen annehmen wollen, oder ob wir uns in die Spezialdebatte sofort einlassen.

Wir werden abstimmen, ob wir sofort zur Beratung der Programmvorlage übergehen wollen. (Dies wird beschlossen.)

Vorsitzender Geib (liest):

„Programm und Statuten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

I. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.“

Zu I. beantragt Nippoldt aus Gotha, zu sagen: „die Sozialrepublikanische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.“

Bebel schlägt vor, daß jeder Antrag von einem Sechstel der Anwesenden unterstützt sein müsse, ehe er zur Verhandlung komme. (Wird angenommen.)

Vorsitzender Geib: Die Debatte über I., nebst Amendement Nippoldt ist eröffnet.

Spier (Wolfenbüttel): Ich bin gegen das Amendement aus zwei Gründen. Erstens halte ich die Bezeichnung „Sozialdemokratisch“ für zutreffender und richtiger als „Sozialrepublikanisch“, und zweitens wird es den einzelnen Vereinen viel schwerer werden, sich zu konstituieren, wenn man schreibt: „Sozialrepublikanisch“.

Nippoldt: Ich halte es für eine Halbheit, wenn man unter dem Deckmantel der Demokratie die Republik anstrebt. Wir wollen ohne Deckmantel uns für Republikaner erklären!

Greulich (Zürich): Es ist keine Sozialdemokratie anders möglich als in der Republik; ich werde mich daher an die Vorlage halten.

Rittinghausen (Köln): Der Ausdruck „sozialdemokratisch“ ist viel weitergehend als „republikanisch“. Man kann republikanisch und doch undemokratisch sein. Wir haben das an Frankreich gesehen, auch dort war und ist die weitgehendste Partei die sozialdemokratische.

Punkt I. wird unter Ablehnung des Amendements Nippoldt angenommen.

Vorsitzender Geib: Ich eröffne die Debatte über Teil II, welcher lautet:
II. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

Ein hierzu gestellter Antrag von Mitgliedern des Internationalen Arbeiterbundes zu Leipzig: „das Programm des Internationalen Arbeiterbundes anzunehmen“, wird nicht genügend unterstützt. Desgleichen ein Antrag von Szymanowsky (Luckenwalde) betreffend „Ausbeutung des Kapitals durch Zinsen usw.“

Unterstützt wird ein Antrag von J. M. Hirsch (Winkel) betreffend Gründung von Produktiv-Assoziationen.

Rüdt (Heidelberg) beantragt zu II, 3, die Ausarbeiter dieses Programms zu ersuchen, sich darüber auszusprechen, wie sie die Worte: „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem)“ verstanden haben.

Rüdt (als Antragsteller): Ich habe diese Anfrage gestellt, damit sich die Verfasser dieses Programms darüber aussprechen, auf welche Weise

sie die Aufhebung des heutigen Lohnsystems durchgeführt wissen wollen. Die feindlichen Blätter, namentlich aber der „Sozialdemokrat“ geben sich damit ab, dem arbeitenden Volke nur Phrasen vorzuhalten, statt ihm den Weg zu zeigen, auf welchen ihm zu helfen ist. Und es ist durchaus nötig, daß die Arbeiter darüber aufgeklärt werden, wie die jetzigen Lohnverhältnisse zu beseitigen sind.

Bebel: Der ganze Absatz II, 2, 3, 4, 5 und 6 ist dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation entnommen; wir haben ihn beibehalten, um dadurch den Zusammenhang mit der Internationalen zu zeigen, und ich kann hier nur sagen, daß sich die „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise“ durch nichts anderes herstellen läßt als durch assoziierte Selbstunternehmer, durch großartige, die ganze Arbeiterschaft umfassende Produktivgenossenschaften. Wir meinen also „Staatshilfe“ im einzigen vernünftigen Sinn dieses vielfach mißbrauchten Wortes.

Greulich beantragt, zu II, 6 hinzuzufügen: „und hat zu diesem Behufe der Vorstand den offiziellen Verkehr mit dem Generalrat.“

Spier (Wolfenbüttel): Die Staatshilfe, wie sie häufig von Parteigenossen und Gegnern aufgefaßt wird, ist unpraktisch und fähig, Begriffsverwirrung zu stiften. Die großen Banken müssen Eigentum des Volkes werden und an Korporationen Kredit geben gegen solidarische Haftung sämtlicher Mitglieder. Das genossenschaftliche Leben muß sich ebenso auf Konsumtion wie auf Produktion erstrecken.

Raspe (Essen): Ich muß, da jetzt gerade über diese Frage hier eine kleine Debatte entstanden ist, auch meine Ansicht darlegen, da diese Frage sehr wichtig ist. Ich erinnere Sie daran, daß Lassalle in seinem „Arbeiterlesebuch“ an einer bestimmten Stelle eine Randbemerkung macht, in der er sagt, daß mit der Errichtung der Produktivgenossenschaften die soziale Frage noch lange nicht gelöst sei. — Proudhon sprach in Frankreich das gewichtige Wort: „Eigentum ist Diebstahl“ — Wir haben hierüber nachgedacht und gefunden, daß diese Ansicht nicht so ganz unrichtig ist, daß das heutige Eigentumsrecht nur gewissermaßen aus dem erlaubten Diebstahl hervorgegangen ist, und daß die soziale Frage nicht durch Produktiv-Assoziationen gelöst werden kann, wenn diese nicht auf einem ganz anderen Boden des Eigentumsrechtes stehen als heute. Es muß also ein ganz anderer Rechtsboden geschaffen werden für die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft einmal aufgeklärt ist über das Eigentum, das heute existiert — ich meine natürlich nicht das „Eigentum“ des Arbeiters —, das ist oft gar kein Eigentum, es wird ihm oft wieder sofort weggenommen beim Steuerzahlen — sondern ich meine das Bourgeoiseigentum, welches von Rechts wegen der Gesellschaft zugehört. Wenn der Staat einmal auf dieser Grundlage gebaut ist, wenn das persönliche Eigentum einmal aufgehört hat und das Gesellschaftseigentum eintritt, und der Staat nicht mehr kommen kann mit einem Gesetz, das auf ungerechter Grundlage beruht — dann, und erst dann ist auch die Arbeiterfrage gelöst! —

Neumayr (Wien): Die Internationale Arbeiter-Assoziation hat diese Frage in die Hand genommen, und die Männer der Internationalen leisten uns Gewähr, daß sie auch auf theoretischem Gebiete diese Frage lösen werden. Wir wollen uns daher hier nicht auf Spezialdebatte hierüber einlassen!

York (Harburg): beantragt, am Schluß von II, 3 hinzuzusetzen: „Durch Gründung und Förderung der produktiven Arbeiter-Assoziationen“.

(Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.)

Seifert (Leipzig): Wenn wir hier in Bausch und Bogen über die sechs Punkte des Artikels II unsere Meinung aussprechen sollen, so muß ich zunächst das, was York zuletzt noch beantragt hat, unterstützen. Was Punkt 4 betrifft: „Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese unbedingt und nur möglich im demokratischen Staat“, so muß ich darüber einiges sagen. Sie wissen, welches Vorurteil bei der Schweitzerschen Fraktion gegen uns besteht; die Leute sagen, wir seien abgefallen von der Sozialdemokratischen Partei, wir hätten uns der Volkspartei überliefert. — Wie konnten wir aber anders handeln? Diesen Leuten gegenüber ist eine scharfe Fassung unsres Programms notwendig. Wenn wir sagen: „Die ökonomische Befreiung der Arbeiter kann nur geschehen in einem sozialdemokratischen Staate“, so kann das nicht mißverstanden werden. Hier heißt es nur: „die Lösung der sozialen Frage ist nur im demokratischen Staate möglich“, und das scheint mir nicht deutlich genug.

Bronnemeier (Eßlingen) beantragt, die Worte: „unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise usw.“ zu streichen, und dafür zu setzen: „möglichste Einführung von Produktivvereinen und Einführung der Stückarbeit“. Der Antrag wird nicht unterstützt.

Löwenstein (Fürth): Soviel mir die deutschen Vereinsgesetze bekannt sind, könnte niemand gegen Sie einschreiten, wenn Sie statt des Wortes „demokratischer Staat“ das Wort „republikanischer Staat“ setzten. Es wird in diesem Zusammenhang nicht einmal das Erstreben einer Republik betont, und von Gesetzes wegen wäre nicht das geringste einzuwenden. Ich erachte die Nennung der Republik schon deshalb für nützlich, weil neuerdings mit dem Worte Demokratie so vielfach Mißbrauch getrieben wird. Ich will nur eingehen auf einen Ausdruck, der gestern in unserer Versammlung von gegnerischer Seite mehrfach gefallen ist, den Ausdruck: „das und das ist nicht demokratisch“. Daraus geht hervor, daß die Anhänger des Herrn von Schweitzer überall einen Wert darauf legen, dem Arbeiter gegenüber zu sagen, daß sie Demokraten seien. Nun wissen wir aber sehr gut, daß sie keine Demokraten sind, noch sein können, weil „Demokratie“ doch nur „Volksheerrschaft“ heißt; wir müssen uns aber von ihnen unterscheiden, und da die Herren das Wort „Republik“ nicht gebrauchen, so schlage ich vor, es für uns zu wählen. Tun wir das nicht, so müssen wir gewärtig sein, daß es als eine gewisse Ängstlichkeit von unserer Seite aufgefaßt werden könnte. Ich habe das Amendement gestellt, weil ich es für Pflicht halte, was wir erstreben, auch direkt auszusprechen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen und das Löwensteinsche Amendement verworfen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Liebkecht: Ich habe Herrn Löwenstein zu bemerken, daß ich gegen den Ausdruck „Republik“ an sich nichts einzuwenden habe. Aber es handelt sich hier nicht um ein theoretisches Glaubensbekenntnis, sondern um eine praktische Organisationsvorlage, und wir, die wir mit den

norddeutschen Verhältnissen bekannt sind, sind uns vollständig klar, daß nicht ein einziger Verein die Erlaubnis zur Konstituierung bekäme auf ein Statut hin, in dem die „Republik“ als Ziel hingestellt ist. Ich selbst bin Republikaner und ich bin überzeugt, daß in dieser Versammlung nicht einer sich befindet, der nicht Republikaner wäre. Allein es liegt hier eine praktische Frage vor, und da müssen wir mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Damit geben wir unser Prinzip nicht preis — und indem ich für die Organisationsvorlage, wie sie ist, stimme, trete ich meiner innersten, von jedem denkenden Menschen geteilten Überzeugung nicht zu nahe, daß der sozialdemokratische Staat nur eine Republik sein kann, daß der Staat der Zukunft die Republik ist.

Oberwinder (Wien): Ich füge hinzu, daß, wenn das Wort Republik im Programm vorkommt, auch in Österreich kein einziger Verein begründet werden könnte!

Bremer (Magdeburg): Einer der Herren Vorredner hat bemerkt, das Wort „demokratisch“ könne zu leicht gemißbraucht werden. Ich antworte: So gut man sagen kann: dies und jenes ist nicht „demokratisch“, so gut kann man auch sagen: dies und jenes ist nicht „republikanisch“ — warum sagt ihr nicht „rote“ Republik? Freilich, wenn es einmal darauf ankäme, würde ich für meine Person mich nicht scheuen, zu sagen: die rote Republik; die blaue will ich nicht!

Bebel (als Referent): Meine Herren, ich erkläre mich damit einverstanden, und hoffe, daß auch die übrigen Herren, welche die Vorlage mit ausgearbeitet haben, damit übereinstimmen, daß wir unter II, 3 entweder den Greulichschen Antrag aufnehmen oder den Yorkschen. Mir erscheint es gleichgültig, welchen von beiden wir nehmen, denn ihr Sinn ist derselbe. Herrn Seifert, der sich um die Äußerungen der Gegner so sehr bekümmert, muß ich erwidern: Wenn Sie so kitzlig sind, und es vermeiden wollen, daß ihnen die Gegner das Gegenteil dessen unterschieben, was Sie wollen, dann dürfen Sie gar kein Programm aufstellen, denn der böswillige Gegner wird immer Gelegenheit nehmen, es anders zu deuten, um Sie anzugreifen. (Sehr richtig!) Jedermann, der in die öffentliche Bewegung eintritt, und jeder von uns, der für das volle Volksrecht eintritt, muß sich darauf gefaßt machen, daß ihm seine Worte verdreht werden. Der Zeitpunkt kommt doch, wo solche Angriffe zu Schanden werden. Die Anträge Greulich und York glaube ich unterstützen zu können.

Aber die Herren Quick und Greulich haben noch Anträge wegen „engen“ Anschlusses an die Internationale Arbeiter-Assoziation gestellt. Ich habe mit diesen Herren schon in Freundschaft manchen Streit über diese Frage gehabt; sie leben schon lange in der Schweiz und haben keinen rechten Begriff mehr von deutschen Polizeigesetzen. Wir dürfen schlechterdings nicht sagen, daß der zu wählende Ausschuss unserer Partei mit dem Generalrat der Internationalen in Verbindung tritt, sonst wird der Ausschuss als Komitee angesehen, als „Verein“; und wenn dieser „Verein“ von vielleicht fünf Mann mit dem Generalrat von 10 Mann in Verbindung tritt, hat er nach den deutschen Vereinsgesetzen sich vorgangen und wird aufgelöst. —

Das Amendement J. M. Hirsch: Im Teil II, 3 hinter „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise“ zu sagen: „durch Gründung von Assoziationen usw.“ wird in dieser Fassung abgelehnt. Das Amendement Greulich:

hinter „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise“ einzuschalten: „durch genossenschaftliche Arbeit“ wird angenommen. Damit kommt das Amendement von York in Wegfall.

Das Amendement Quick: Im Teil II, 6 am Schlusse hinzuzufügen: „und ist zu diesem Behufe der Ausschluß in direktem Verkehr us v.“ wird abgelehnt.

Der Teil II wird in seiner ursprünglichen Fassung mit dem Greulichschen Amendement en bloc angenommen.

Vorsitzender Geib eröffnet die Debatte über Teil III der Vorlage, welche lautet:

„Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Partei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle mündigen Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (Referendum) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in Volksschulen.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenengerichte und Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens.
8. Volle Preßfreiheit, freiestes Versammlungs-, Vereins- und Koalitionsrecht, Einführung des Normalarbeitstages, Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.“

Zum Teil III ist zu 1 von Hirsch (Winkel) beantragt: Anstatt „vom 20. Lebensjahre an“ zu setzen „von dem Tage an, wo die Männer als Steuerzahler zu den Lasten des Staates herangezogen werden“.

Rittinghausen beantragt, im Teil III, 2, das Wort „Referendum“ zu streichen.

Rühl und Böhm beantragen zu III, 6, daß es heiße: „Obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Schulen“.

Bremer beantragt zu III, 8: Hinter „Normalarbeitstag“ zu setzen: „Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken“.

Nippold beantragt, in III, 8, aufzunehmen: „Abschaffung der Frauen- und Zuchthausarbeit“.

Löwenstein, Böhm und Rühl beantragen: Zu III, 7, „unentgeltliche Rechtspflege“ mit einzuschalten.

Greulich beantragt zu III, 7: „Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbe-Gerichte“ hinzuzufügen.

Werner beantragt zu III, 8: Hinter „Normalarbeitstag“ zu setzen: „von 8 Stunden“.

Dorn (Apolda) beantragt: Teil III in allen Punkten en bloc anzunehmen.

Carl Hirsch (Nürnberg) beantragt, zu III als Punkt 10 hinzuzusetzen: „Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens mit Staatskredit für Produktiv-Genossenschaften unter freieitlichen Garantien“.

Fritzsche beantragt zu III, 8: Anstatt „freies Versammlungs- usw. Recht“ zu setzen: „Abschaffung der Versammlungs-, Vereins-, Koalitions- und Preßgesetze“.

Scheu beantragt obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Staats- und Gemeindeschulen.

Bennecke beantragt zu III, 1, hinzuzusetzen: „den Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren“.

Mühlwasser beantragt zu III, 1, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht vom 17. Lebensjahre an gewährt werde, da in diesem Alter oft schon Geld- und Blutsteuer verlangt werde.

Dr. Walster ist gegen diesen Antrag und überhaupt gegen Erteilung des Wahlrechts an Leute unter 20 Jahren. Eine gewisse Reife des Geistes und Weiterföhrung müsse doch vorhanden sein.

Aron spricht sich in demselben Sinne aus.

Werner beantragt: Anstatt „Männer“ zu setzen: „Staatsangehörige“.

Schrader beantragt zur Geschäftsordnung: Die Zeit zum Sprechen auf 5 Minuten herabzusetzen. — (Wird angenommen.)

Spier beantragt Schluß der Debatte über III, 1. — (Wird angenommen.)

Hirsch (Winkel) hält sein Amendement einem Einwurfe des Herrn Aron gegenüber: „Daß danach ja schon die Kinder in der Wiege das Wahlrecht bekommen müßten“, aufrecht, weil in III, 9, die Abschaffung aller indirekten Steuern usw. verlangt werde.

Referent Bebel: Mühlwasser hat für seinen Antrag namentlich angeführt, daß man bei großen Kriegen, wo man die ganze Volkskraft anwendet, um die Gefahr vom Vaterlande abzuwenden, auch schon die Jünglinge unter die Waffen ruft. Nun, solche Fälle sind bis jetzt in der Weltgeschichte sehr selten gewesen, sie kommen vielleicht alle 50 oder 100 Jahre vor: daraus kann man also keine Folgerung ziehen. Zweitens aber, wenn wir einmal über das Wahlrecht verfügen, wie wir es hier beschließen, dann haben wir den demokratischen Staat, und dieser macht die Kriege überhaupt unmöglich! (Sehr richtig!)

Die Amendements Hirsch und Mühlwasser zu III, 1, werden abgelehnt; das Amendement Bennecke: „den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren“, wird angenommen. — Hierauf wird Punkt 1 des Teils III mit dem Amendement Bennecke angenommen.

Vorsitzender Geib: Zu Absatz III, 2, welcher lautet: „Einführung der direkten Gesetzgebung (Referendum) durch das Volk“ hat Rittinghausen beantragt, das Wort „Referendum“ zu streichen. — Bremer beantragt, hinzuzusetzen: „d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht“.

Greulich (Zürich): Die direkte Gesetzgebung durch das Volk ist in Deutschland nicht so klar, als daß ich nicht für angemessen hielte, hier einige Worte der Erläuterung vorzubringen. Man hat jahrelang das direkte Wahlrecht als das einzige Mittel zur Besserung in politischer und sozialer Hinsicht hingestellt; und man hat dennoch gesehen, und zwar am aller-

ersten in Frankreich, auch in Preußen und selbst der Schweiz, daß man nichts damit ausrichtet, und zwar, weil aus diesem Wahlrecht meist Männer hervorgehen, welche der privilegierten Klasse angehören und die Interessen der gesamten Volksmasse nicht begreifen, die Empfindungen des Volkes nicht mitempfinden. Es ist eine Regel, daß selbst in Arbeiterkreisen nicht Männer aus dem Arbeiterstande gewählt werden, sondern daß man immer meint, es müsse einer doch auch gut geschult sein und eine Stellung haben im Leben, sonst könne man ihn nicht als Vertreter brauchen. Kurz und gut, es hat sich herausgestellt, daß die Gewählten nicht das nötige Interesse für den Arbeiterstand hatten und darum auch nicht für den Arbeiterstand wirkten. Ebenso bei den Bauern; sie wählen irgendeinen Beamten oder sonst einen, der materiell bessergestellt ist. Nur versteht es sich von selbst, daß diese Leute, wenn sie beisitzen und Gesetze machen sollen, dabei weniger das Interesse ihrer Wähler als das ihres Geldsackes ins Auge fassen.

Nun haben wir uns dahin ausgesprochen, daß wir den „freien Volksstaat“ gründen wollen, und wir müssen uns darüber klarwerden, wie dieser Volksstaat organisiert sein soll, ob die Gesetzgebung in die Hand der Bourgeoisie oder ob die Entscheidung über die Gesetze in die Hand des Volkes gelegt werden soll.

Der Kanton Zürich hat diese Frage praktisch durchgekämpft und sich für die direkte Gesetzgebung entschieden. Die direkte Gesetzgebung besteht hauptsächlich aus zwei Punkten: 1. aus dem Anregungs- und Vorschlagsrecht des Volkes und 2. aus dem Abstimmungsrecht des Volkes. Es besteht natürlich dabei noch ein Repräsentativkörper, der aber bei der Gesetzgebung durch das Volk nichts weiter ist als ein gesetzvorschlagender Körper. Dieser Körper hat allerdings auch Initiative. Allein schlägt er nicht solche Gesetze vor, die für das Volk gut sind — so kommt das Volk und schlägt auf dem Wege der Volksabstimmung selbst die Gesetze vor. Ich will mich deshalb zunächst mit dem Amendement Rittinghausens einverstanden erklären. Referendum, das ist das Recht der Abstimmung durch das Volk und die Pflicht der Abstimmung durch den Repräsentativkörper. Das Recht der Abstimmung durch das Volk — das ist aber unvollständig, denn wenn das Volk nichts weiter als ja oder nein zu sagen hat, und der Repräsentativkörper seine Gesetze nicht zum Wohle des Volkes beschließt, so hat es ja kein Mittel in der Hand, die Durchbringung eines Gesetzes zu seinem Wohle zu ermöglichen! Herr Bremer beantragt, zu sagen: „Vorschlags- und Verwerfungsrecht“; ganz recht! Das Volk soll nicht nur „ja“ oder „nein“ sagen, sondern auch selbst Gesetze vorschlagen können. Sonst ist die direkte Gesetzgebung keine Wahrheit.

Greulich beantragt zu setzen: „Vorschlags- und Abstimmungsrecht“.

Rittinghausen (Köln): Noch vor kurzer Zeit hatte die deutsche Demokratie die Überzeugung, daß eine Umwandlung der Gesellschaft im sozialdemokratischen Sinne durch die sogenannte Volksvertretung zu erreichen sei. Es war dies ein verhängnisvoller Irrtum. Man bedachte nicht, daß von einer Vertretung nicht die Rede sein kann, wenn die Abgeordneten in dem gesetzgebenden Körper Bestimmungen treffen können, die nur ihre Freiheiten und Rechte betreffen, ohne daß sie für ihre Abstimmungen und Handlungen verantwortlich zu machen sind, und ohne daß sie sich an den Willen des Volkes zu halten haben. Nachdem die Demokratie, namentlich

in Deutschland, durch eine zweimalige Ausübung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in dieser Frage aufgeklärt worden ist, hat sich denn hier auch die Idee der direkten Gesetzgebung durch das Volk Bahn gebrochen. Wir stellen sie in unser Programm als Gegensatz zur Repräsentativ-Verfassung. Wir wollen damit sagen, daß künftig nicht mehr einige hundert Gesetzgebende unsere Herren sein sollen, sondern daß wir selbst die Umwandlung der Gesellschaft vornehmen wollen. Die reine Gesetzgebung durch das Volk verlangt, daß alle Gesetzesvorschläge aus dem Volke selbst hervorgehen, daß diese Vorschläge nicht von irgendeiner Kommission gemacht seien, z. B. nicht aus einem Repräsentativkörper hervorgehen. Ist das der Fall, wird irgendein Repräsentativkörper mit der Ausarbeitung der Gesetze beauftragt, so ist selbstredend, daß das Volk auf seine Geschicke keinen Einfluß mehr ausübt, es muß sich die schlechteste Gesetzgebung gefallen lassen. Das ist undemokratisch. Das Volk hat seine Gesetze selbst zu machen und die Gesetze in die Hand zu nehmen! Es kann keine Vertreter finden, die ihm geeignete Gesetzesvorschläge machen. Das hat sich in jedem Staate, wo die volle Repräsentativ-Verfassung zur Durchführung kommt, bewahrheitet! In Frankreich ist das Volk in Ketten geschlagen, niedergeschmettert und das allgemeine Wahlrecht wieder abgeschafft worden, bis Bonaparte kam und es zum Schein wieder herstellte. In den Kantonen der Schweiz hat man durch die sogenannte Repräsentation auch nichts erlangt, und man hat dort zuletzt in der direkten Gesetzgebung Abhilfe gesucht. Es ist indessen sehr schwer, ein Prinzip in seiner vollen Reinheit durchzuführen. So ist man in der Schweiz dazu gekommen, ein Mittelding zwischen einer direkten Gesetzgebung und dem Repräsentativsystem zu erfinden. Man hat gesagt: Wir wollen uns eine Kommission zur Ausarbeitung der Gesetzesvorschläge bilden; diese Kommission soll dann verpflichtet sein, die ausgearbeiteten Vorschläge dem Volke zur Annahme vorzulegen. Das heißt man in der Schweiz „Referendum“. Die Volksabstimmung ist nichts weiter als die Verwerfung oder Annahme der Vorschläge, die dem Volk von der gesetzgebenden Kommission vorgelegt werden. Auch die Schweiz, besonders Zürich, haben erkannt, daß es vor allen Dingen notwendig sei, dem Volke die Initiative zu erringen, damit es selbst das Recht habe, Gesetzesvorschläge zu machen und dieselben der Volksabstimmung zu unterbreiten. Es ist in der Züricher Verfassung gesagt, wenn 5000 Züricher Bürger einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten oder die Anregung dazu geben, so muß er dem Volke zu einer allgemeinen Abstimmung unterbreitet werden. Es hat der Kantonalrat das Recht, und ist sogar verpflichtet, sein Gutachten über Gesetzesvorschläge abzugeben; aber dieses Gutachten verhindert nicht, daß das Volk sein Gesetzgebungsrecht selbst handhabe. — Sie, meine Herren, wollen nicht nur dies Ablehnungsrecht, sondern auch die gesetzgeberische Initiative des Volkes: die direkte Gesetzgebung durch das Volk in ihrer Reinheit; darum lassen Sie das Wort „Referendum“ fallen! (Beifall.)

Bremer (Magdeburg): Ich habe das Amendement gestellt, zu setzen: „Vorschlags- und Verwerfungsrecht“. Wenn das Volk bloß das Recht hat zu verwerfen, und nicht auch das Recht, Gesetze vorzuschlagen, dann kann von direkter Gesetzgebung nicht die Rede sein. — Jedenfalls müssen wir uns das Vorschlagsrecht wahren!

Ich will Ihnen nur noch ein praktisches Beispiel geben. Wir sind gerade deshalb gegen Herrn von Schweitzer aufgetreten — und das mögen sich diejenigen merken, die ihn noch verteidigen —, weil er es unmöglich macht, daß das „souveräne Volk“ sich selbst seine Gesetze geben, über seine eigenen Geschicke abstimmen konnte. Als er bei seinem letzten Staatsstreich binnen drei Tagen Abstimmung verlangte, war es unmöglich, daß die Mitglieder ein Urteil abgeben konnten, und so waren sie also um das Recht der Gesetzgebung geprellt. Das allgemeine Wahlrecht verliert vollständig seinen Wert, wenn es willkürlich zu einer leeren Förmlichkeit gemacht, wenn es nach dem Belieben eines Diktators ausgeübt wird, der dann hinterher sagt: „Das Volk hat ja abgestimmt, ich habe das Volk gefragt!“ Aber das Volk hat nicht Zeit gehabt, sich vorher zu beraten. Wenn wir das Vorschlags- und Verwerfungsrecht haben, so kann ein solcher Staatsstreich, wie er in Frankreich und wie er im Kleinen von Herrn von Schweitzer begangen worden, nicht mehr vorkommen! —

Referent Babel verzichtet aufs Wort, erklärt sich aber mit den Amendements einverstanden.

Der Punkt III, 2, wird hierauf mit den Amendements von Rittinghausen und Bremer angenommen.

(Nachdem wegen Schutzes des Kongresses gegen etwaige erneute Versuche der Störung von Seiten der Tölckeschen Leute durch Arbeiter aus Eisenach und Gotha das nötige besprochen, fährt man in der Beratung fort.)

Punkt III, 3 wird angenommen, nachdem Szymanowsky (Luckenwalde) ausführlich über die Vorrechte der Besitzenden, die er als die schlimmsten betrachtet, gesprochen hat.

Die Mandatsprüfungskommission teilt als vorläufiges Ergebnis ihrer Prüfung folgendes mit:

Eingetroffene Delegierte	262
Geprüfte Mandate	324
Beanstandete Mandate	26
Anzahl der vertretenen Orte	193
Anzahl der vertretenen Stimmen	148 250

(10 Minuten Pause.)

Folgende Telegramme aus Augsburg und Apolda werden verlesen:
Ein Hoch dem Kongreß! Pflanz die Fahne des Rechts auf.

Augsburg, Steinbacher.

Von Nord, Süd, Ost und West euch Brüdern ein Hoch! Doch unseres größten Geistes nicht vergesst, auch diesem noch ein Hoch! Zum Wohl für alle einigt euch, dann geht's zum Ziel, dann sind wir gleich. Hoch lebe der Kongreß!
Sozialdemokratisches Komitee Apolda.

Der Vorsitzende Geib verliest folgende Depeschen:

Gruß und Handschlag! Glück eurem Werke! Stehen fest zu euch! baldigst Antwort. Die Arbeiter Braunschweigs. (Bravo!)

Zur Einigung der Sozialdemokratie unsere wärmsten Glückwünsche.
Die Arbeiter von Reichenberg, Krosse. (Bravo!)

Bevorstehender glücklicher Einigung unser herzlichstes Vivat, floreat, crescat!
A. B.-V. Weingarten, Oberschwaben. (Bravo!)

Souhaitons bonne entente aux socialistes allemands. Pour sections internationales belgiques.
Vandenhouten, Bruxelles. *

Vorsitzender Geib: Der Delegierte Tauto (Leipzig) hat folgenden Protest eingereicht:

Der Unterzeichnete hat namens seiner Mandatgeber die Annahme des Programms des Internationalen Arbeiterbundes beantragt:

Wenn dieselben auch nicht gewillt sein konnten, den Kongreß zu ihrer Anschauung zu bringen, so konnten sie doch erwarten, daß ihr Antrag geschäftsmäßig zur Behandlung käme. Haben nun schon die Einberufer insofern gefehlt, daß sie, wie es dem Antrag entsprochen hätte, nicht das beantragte Programm dem Kongreß in geeigneter Weise zur Kenntnis gaben, so kann eine Unterstützungstrage keineswegs am Platze sein, bevor der Antrag mit seinem ganzen Inhalt bekannt ist.

Ich protestiere daher gegen das Verfahren des Kongresses.

W. Tauto, Leipzig.

Der Protest wird zu Protokoll gegeben.

Nachdem Stolle (Krimmitschau) über die Notwendigkeit der Abschaffung der stehenden Heere gesprochen und Liebknecht um Abkürzung der Diskussion gebeten, da man doch über die Grundsätze des sozialdemokratischen Programms einig sei, wird

Teil III, 4 ohne weitere Debatte angenommen,

Teil III, 5 desgleichen.

Teil III, 6 wird mit dem Zusatz von Rüll und Böhm in folgender Fassung angenommen: „Obligatorischer Unterricht in Volksschulen. Unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“

Teil III, 7 wird mit dem Amendement Greulichs: „Geschworen- und Fachgewerbe-Gerichte“, desgleichen mit dem Amendement von Böhm, Löwenstein und Rüll: „Unentgeltliche Rechtspflege“, angenommen.

Liebknecht beantragt, im Teil III, 1 das Wort „mündig“ zu streichen. Dies wird angenommen.

Vorsitzender Geib: Zu Teil III, 8 liegen folgende Amendements vor:

Werner (Leipzig) beantragt: Hinter „Normal-Arbeitstages“ zu setzen: „von 8 Stunden“.

Fritzsche (Berlin) beantragt: zu setzen „Abschaffung aller Versammlungs-, Vereins-, Koalitions- und Preßgesetze“.

Nippold (Gotha) beantragt: Hinzuzufügen „Abschaffung aller Ausnahmegesetze, als Preß-, Versammlungs-, Vereins- und Koalitions-gesetze, Einführung des Normalarbeitstages von 8 Stunden, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit.“

* Die besten Wünsche wegen guten Einvernehmens sendet den deutschen Sozialisten für die belgischen internationalen Sektionen: Vandenhouten, Brüssel.

Bremer (Magdeburg) beantragt: zu setzen: „Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken.“ —

Die Debatte über III, 8 nebst den dazu gestellten Amendements ist eröffnet!

York (Hamburg): Ich halte es für unsere Agitation hinderlich, wenn wir jetzt präzisiert den Achtstunden-Arbeitstag verlangen. Ich glaube nicht, daß diese Forderung jetzt schon in Deutschland eine praktisch zweckmäßige ist, und ich bin der Meinung, daß man eben nur Fussicht hat, praktisch berechnete Forderungen rasch und entschieden zur Geltung zu bringen. Es werden gewiß die meisten der Ansicht sein, daß gegenwärtig eine Agitation für den achtstündigen Arbeitstag zu keinem Resultate führen würde. (Sehr richtig!)

Rüdt (Heidelberg): Ich bin vollständig dafür, daß wir, die wir ja einen freien Volksstaat gründen wollen, der Presse die vollste Freiheit geben. Wenn wir aber die Preßgesetze ganz abschaffen, so müssen wir befürchten, daß der Schutz, welchen die Person des einzelnen zu beanspruchen hat, nicht geleistet wird. (Rufe: Das ist Sache der allgemeinen Gesetze!)

Schulz (Mainz): Sosehr ich für Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken bin, so ist sie doch — nach meiner Ansicht — heute, bei der jetzigen Produktionsweise, noch nicht gut möglich! — In betreff der Zuchthausarbeit ist gefragt worden, was sollen denn die Zuchthäusler anfangen? Ich frage, was sollen die freien Arbeiter anfangen? Wenn die Zuchthäuser voll sind, so machen die Zuchthäusler die ganze Arbeit, und wo soll dann der ehrliche Mann hinkommen?! — (Ruf: Ins Zuchthaus! — Ruf: Sehr gut!)

Scheu: Ich schlage folgende Fassung des Teils III, 8 vor: „Volle Preßfreiheit; Abschaffung der Vereins-, Versammlungs- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages von ... Stunden und Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit in den industriellen Werkstätten.“

Man kann die Zuchthausarbeit nicht abschaffen, weil sonst die Zuchthäusler nichts zu tun haben, was sie vollends demoralisieren muß; aber man sollte verhindern, daß die Industriellen sich der Zuchthausarbeit bemächtigen und sie ausbeuten!

Schulz (Mainz) beantragt, die Arbeit der Kinder bis zum 14. Jahre zu beschränken. (Wird nicht genügend-unterstützt.)

Greulich (Zürich) beantragt, hinter „Normalarbeitstag“ zu setzen: „Gleiche Löhnung der Frauen wie der Männer.“

Werner (Leipzig): Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß hier gesagt wird, jetzt wäre der Normalarbeitstag von 8 Stunden nicht möglich. Meine Herren! Eine Menge der Punkte in unserem Programm sind jetzt auszuführen nicht möglich; aber gerade um die Ausführung zu ermöglichen, muß man dafür agitieren und die Arbeitermassen aufklären, damit sie wissen, wonach sie zu streben haben! — Betreffs der Frauenarbeit haben wir nur zu viele Beispiele, daß, wenn den Mädchen verboten wird, durch Arbeit etwas zu verdienen, ihnen kein anderer Broterwerb übrigbleibt als die Prostitution! Das wolle man bedenken!

Die Debatte über III, 8 wird jetzt geschlossen und die verschiedenen Anträge vom Vorsitzenden zur Abstimmung gebracht. Die Normierung

des Arbeitslages wird abgelehnt, ebenso das Verbot von Frauen- und Zuchthausarbeit; dagegen wird das Verbot der Kinderarbeit und die Einschränkung der Frauenarbeit in industriellen Etablissements angenommen, so daß Teil III, 8 nach vorgenommener Redaktion jetzt so lautet: „Abschaffung aller Versammlungs-, Vereins- und Koalitions-gesetze, volle Preßfreiheit, Einführung des Normalarbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit in industriellen Etablissements.“

III, 9 wird auf Antrag von Greulich und Bremer in folgender Fassung angenommen: „Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer direkten Einkommensteuer.“

Als Punkt 10 zu III wird noch auf Carl Hirschs Vorschlag angenommen: „Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für Produktivgenossenschaften unter freiheitlichen Garantien.“

Ellner (Koblenz) reicht folgenden Protest ein: „Ich protestiere gegen die Abstimmung, indem es ein Sechstel war, das den Antrag in betreff der Abschaffung der Zuchthausarbeit unterstützte. A. Ellner, Koblenz.“

Vorsitzender Geib: Ich werde diesen Protest zu Protokoll nehmen lassen, möchte aber doch bitten, daß mir derartige Wahrnehmungen rechtzeitig angemeldet werden.

Wir kommen jetzt zu Teil IV; er lautet: „Jedes Mitglied der Partei hat einen monatlichen Beitrag von 1 Groschen (3½ kr. südd., 5 kr. österr., 12 Centimes) für Partezwecke zu entrichten. Die Parteigenossen, welche auf das Parteiorgan abonnieren und dies glaubhaft nachweisen, sind während der Dauer des Abonnements ihrer Beitragspflicht enthoben.“ — Ich eröffne die Debatte hierüber!

Stolle (Krimmitschau): Ich richte mich gegen den vorgeschlagenen Beitrag; die Güter der Erde sind nicht gleich verteilt. Es ist z. B. einer Familienvater mit 5 bis 6 Kindern und hat, wie es bei uns der Fall ist, vielleicht wöchentlich 2 Taler, und soll nun dabei auf das Parteiorgan abonnieren. Das ist ihm unmöglich! Und der junge Mensch, der keine Familie hat, soll auch nur auf das Parteiorgan abonnieren: das ist ungerecht; es ist eine ungleiche Belastung! — Wenn wir in Krimmitschau monatlich 1 Groschen zahlen, so würde der Verein, den ich verrete, jährlich 300 Taler zu zahlen haben. Nun zahlen wir schon für die Sterbekasse 5 Sgr. monatlich und gehören außerdem den verschiedensten Vereinen an — die Beiträge sind enorm! Ich mache den Vorschlag: nachdem wir bisher an den Verband 1 Groschen gezahlt haben, wollen wir 100 Prozent Aufschlag machen und 2 Groschen zahlen, und ferner: daß je 5 Mitglieder des Verbandes mit 1 Exemplar des Parteiorgans bedacht werden; dann können in einem Vereine von 500 Mitgliedern 400 Familienväter sein, die nicht übermäßig belastet werden.

Quick (Genf): Dieser Paragraph hat auch mir die meisten Bedenken erregt. Man hat auch bei uns in der Schweiz mehrfache Beiträge zu zahlen, die alle sehr hoch sind. Ich möchte den Vorstand ermächtigt wissen, daß er eine bestimmte Pauschsumme mit den Vereinen ausmachen kann.

Spier beantragt, „dem Vorstande zu überlassen, die Parteibeiträge an den einzelnen Orten zu ermäßigen.“ Er verteidigt diesen Antrag in ausführlicher Weise.